

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Reaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Preis 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Halbjahr, 20 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland 4,00 Österreich-Ungarn 5,00 Mark, für das übrige Ausland 6,00 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die 2. bis 4. Zeile (jeweils 2 Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Parlamentarische Arbeit.

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt einen Artikel des Genossen Wehring in der „Neuen Zeit“, um ihrem Haß gegen den modernen Parlamentarismus wieder einmal die Flügel schiefen zu lassen. Wehring hatte vor einem rednerischen Uebereifer im Parlament gewarnt und sich dabei auf den alten Liebknecht berufen, der relativ selten gesprochen habe und dessen Reden gerade deshalb jedesmal ein Ereignis gewesen seien. Die „Kreuz-Zeitung“ sucht diese durchaus zutreffende Bemerkung Wehrings in ihrer Weise zu häßlichen Ausfällen gegen die Geschwätzigkeit der Sozialdemokraten im besonderen und die parlamentarischen Schwachbuden überhaupt zu fruchtbar zu machen. Wie ja überhaupt die reaktionäre Presse seit jeher bemüht war, den Parlamentarismus um so mehr herabzusetzen und zu verächtlichen, je unbehaglicher er ihr wurde. Ueber die Schwachhaftigkeit der Opposition zeterte man, obwohl man nicht so sehr die Häufigkeit und Länge der Reden unangenehm empfand, als vielmehr deren Wirkung auf die Volksmassen. Wenn faktisch der Inhalt der oppositionellen, vor allem der sozialdemokratischen Reden so nichtswürdig und andäulich wäre, wie die Dattel und Konfekten das so gern behaupten, so würde sich die Rechte schwerlich darüber beklagen. Denn je mehr dadurch dem großen Publikum das Lesen der Parlamentsberichte verleidet würde, desto besser wäre es für die Reaktion! Aber bis jetzt sind die Parlamentsberichte noch immer mit steigendem Interesse verfolgt worden, haben sie die agitatorische Wirkung auf die Volksmassen noch keineswegs eingebüßt! Und gerade das und nichts anderes ist es, was unseren Reaktionen aller Schattierungen so in der Seele zuwider ist, was sie sich immer wieder über die parlamentarische Geschwätzigkeit der — anderen entrüsten läßt.

Durchaus mit Recht ist ein seit geraumer parlamentarischer tätiger Genosse, der auch die Verhältnisse der ausländischen Parlamente genau kennt, kürzlich gegen die Legende der Rede gezogen, als ob in den gesetzgebenden Körperschaften anderer Länder, speziell Englands, weniger geredet würde, als in Deutschland. Schlagend wies er nach, daß das reaktionäre Gerede von der Schwachhaftigkeit deutscher und besonders sozialdemokratischer Parlamentarier teils auf Unwissenheit, teils auf tendenziöser Böswilligkeit beruht. Aber man braucht gar nicht erst ins Ausland zu schweifen, um die Unrichtigkeit und Unehrlichkeit des reaktionären Gezeters zu erkennen. Man braucht nur einmal zu beobachten, welchen parlamentarischen Redecifer die Herren Reaktionen selbst an den Tag legen, sobald es sich um Forderungen handelt, die man weniger durch die Mittel der Hintertreppenpolitik als durch einen Vorstoß in der Öffentlichkeit durchsetzen zu können hofft, um sich von dem wahren Wert und dem wirklichen Motiv des Gelehrten zu überzeugen, daß das Niveau unserer Parlamente immer tiefer herabsinke, die Redewut sich dort immer zügelloser austobe.

Anderes als diese von Haß und Furcht eingegebenen Ausfälle unserer Gegner sind natürlich Wahrungen einzuschälen, wie die des Genossen Wehring, der ein gewisses Maßhalten empfiehlt, da sonst möglicherweise die Wirkung der sozialdemokratischen Kritik auf die breiten Volksmassen abgeschwächt werden könne. Denn auch die vorzüglichste Kost könne einem widerstehen, wenn man sie allzuhäufig vorgekostet erhält.

Zweifelloos liegt in Wehrings Warnung ein berechtigter Kern. Denn nicht nur Wilhelm Liebknecht und Bebel, sondern auch die Eugen Richter und Windthorst wußten nur zu gut, daß sie Gehalt und Wirkung ihrer Reden beeinträchtigen würden, wenn sie allzuhäufig das Wort ergriffen. Und ebenso wie der einzelne Parlamentarier eine gewisse Schonung im Reden beobachten soll, so auch jede Partei. Sicherlich wäre zum Beispiel nichts verkehrter, als wenn die Sozialdemokratie jeden Tag große allgemeine Reden über die prinzipiellen Grundsätze der Partei halten wollte, da die ewige Wiederholung derselben Gedankengänge nur ermüden und absumpfen müßte. Umgekehrt freilich wäre nichts unrichtiger, als wenn die sozialdemokratische Partei bei wichtigen, besonders Gelegenheiten, z. B. der ersten Lesung des Gesetzes, bei der Erörterung einschneidender sozialer Probleme, bei der Aufrollung der auswärtigen Politik usw. nicht mit aller Kraft und Geschick ihre Weltanschauung entwickeln wollten. Denn in solchen Fällen wird die breite Aufrollung der sozialistischen Prinzipien zur gebieterischen Notwendigkeit, da die Partei ja sonst gräßlich ihre Pflicht verachtere würde, von der Parlamentariertribüne herab für die großen Massen des Sozialismus zu agitieren.

Wie die sozialdemokratische Agitation überhaupt in eine geschickte Werbetätigkeit prinzipieller Art und in andere, aber nicht minder wichtige Kleinarbeit zerfällt, so geht es auch mit der Werbetätigkeit, die wir in den Parlamenten zu entfalten vermögen. Denn außer den großen Gelegenheiten über wichtige Fragen der inneren und äußeren Politik kommt dort eine Unmasse gesetzgeberischer Kleinarbeit in Frage. Eine Heeres-, eine Steuervorlage, ein sozialpolitisches Gesetz zerfällt in zahlreiche Einzelmaterien, die mit aller Gründlichkeit durchgearbeitet und erörtert sein wollen. Die Sozialdemokratie würde sich bei den gegnerischen Parteien berechtigter Kritik aussetzen, wollte sie sich dieser Kleinarbeit nicht mit hingebendstem Eifer widmen. Denn die Abgeordneten haben die Pflicht, mit allen Kräften

dafür zu sorgen, daß die Gesetze auch in ihren — häufig sehr wichtigen — Einzelheiten so gestaltet werden, wie das den Interessen derer entspricht, die sie ihren programmatischen Versprechungen gemäß gewählt haben. Man braucht aber auch nicht zu befürchten, daß diese parlamentarische Kleinarbeit, die doch vielfach eine erspriechliche parlamentarische Tätigkeit überhaupt erst ermöglicht, in einem Mißverhältnis zu der angewendeten Arbeit stehe und der propagandistischen Tätigkeit Abbruch tue. Im Gegenteil: gerade die Beschäftigung mit den gesetzgeberischen Einzelheiten (in den Einzelstaaten namentlich auch mit den Details des Verwaltungsorganismus) gibt den sozialdemokratischen Parlamentarierern vielfach erst die Möglichkeit, sowohl die Interessen der Gesamtheit, als auch die zahlreicher Staatsarbeiter- und Beamtenkategorien wahrzunehmen und gerade dadurch eine außerordentlich fruchtbare agitatorische Tätigkeit zu entfalten. Diese parlamentarische Kleinarbeit vollzieht sich aber nicht nur in den Kommissionen, sondern auch im Plenum, und auf ihr Konto ist gerade ein gut Teil jener Reden zu setzen, die von unseren Gegnern so schmerzhaft empfunden und so hochhaft verächtlich werden.

Und in der Tat, solche Reden können nicht immer großartig sein, sie bieten auch wenig Gelegenheit, Leuchttugeln des Dinges stritzen zu lassen, so daß sie keinerlei Ehrenschmuck bieten und von der Masse der rednerisch ja überfüllten Abgeordneten gelassen werden. Aber beweist denn das etwas gegen die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher Reden? Ist denn das Parlament dazu da, um die angehenden Journalisten möglichst oft durch Sensationen zu fesseln oder den Teil des Galeriepublikums, der aus purer Neugierde erspähen ist, möglichst amüsant zu unterhalten? So wenig wir dazu unsere Parteitage entwürdigen wollen, so wenig dürfen wir auch dem Parlament, das gründlicher Arbeit dienen soll, etwas Derartiges zumuten. Selbstverständlich ist es nur erstreblich, wenn ein Abgeordneter Wert darauf legt, auch eine Rede über den trockensten Gegenstand in eine durchsichtige und anregende Form zu gießen. Da nun aber einmal die Anlagen und Temperamente höchst verschiedenartig sind, kann man eben nicht verlangen, daß nun jedermann die Talente eines Konfereziärs entfaltet.

So sehr wir bestreiten, daß sich im allgemeinen das Interesse der Lesermassen an den Parlamentsberichten verringert habe, so bereitwillig geben wir die Möglichkeit zu, daß mancher Bericht, der von nicht „großen“ Tagen handelt, nur einen Prozentsatz der Leser interessieren mag. Das gilt aber nicht nur vom Parlamentsbericht, sondern so ziemlich von jedem Teil einer Zeitung. Diejenigen, um deren Gesandte es sich bei der Beratung dreht, verfolgen dafür die Verhandlungen mit um so lebendigerem Anteil!

Die Mitglieder unserer Fraktionen werden den Rat wohlwollender Parteifreunde sicherlich gern beherzigen und sich darum bei jeder Rede fragen, ob sie der Sache dient. Das Geheiß unserer Gegner, denen der Parlamentarismus umso verhaßter ist, je unerträglich er in die lichtschauen Geheimnisse der jenseitlich-kapitalistischen Volksausbeutung hineinleuchtet, wird ihnen dafür um so gleichgültiger sein!

## Die Bergarbeiterbewegung.

### Der „Verrat“ des alten Bergarbeiterverbandes?

Durch die gesamte bürgerliche und die christliche Gewerkschaftspresse geht ein Artikel, der von einem Verrat redet, den der alte Bergarbeiterverband während des Streiks begangen haben soll. Der Artikel ist dem radikalen polnischen Blatt „Karadowic“, das in Hettstedt erscheint, entnommen. Da wird behauptet, die Führer des alten Verbandes hätten offen zum Ausbrennen im Bergarbeiterkampf aufgefordert und heimlich an Tausende von Mitgliedern Arbeitskarten ausgestellt und diese zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert. Die ganze Behauptung ist purer Unsinn; eine Organisation, die so handeln wollte, würde Selbstmord begehen.

Woraus entstand die Behauptung des „Karadowic“? Der Bergarbeiterverband hat während des Streiks an alle, gebrechliche Kameraden, deren Arbeit den Streik wirklich nicht ungünstig beeinflussen konnte, Arbeitslaubniskarten ausgestellt. Die Zahl der Arbeitslaubniskarten belief sich bei über 200 000 Streikenden noch nicht auf 100. Nur an solche Personen ist eine Arbeitslaubniskarte ausgestellt worden, die, wenn sie gestreikt hätten, entlassen worden wären, die dann wegen ihres gebrechlichen Körpers und ihrer verarmten Familien Mitglieder wieder Arbeit hätten finden können. Sie haben ihre Gesundheit auf dem Werke, bei dem sie in Arbeit stehen, gelassen und werden dort nur ums Gnade und Varmherzigkeit beschützt. Sofort aber würden diese Armen Opfer des Industriekapitalismus entlassen werden, wenn sie sich an einem Streik beteiligten. Manchem Werke wäre es sicher nicht unlieb gewesen, auf diese Weise die Invaliden los zu werden. Diese Leute beziehen in der Regel eine Rente, die zum Leben zu niedrig und zum Sterben zu hoch ist; sie sind noch auf einigen Erwerb angewiesen. An solche Leute ist also eine Arbeitslaubniskarte ausgegeben worden. Jeder vernünftig denkende Mensch wird zugeben müssen, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes damit taktisch geschickt gehandelt hat. Daß an solche Leute Arbeitskarten ausgegeben werden dürfen, war auch kein Geheimnis, sondern es ist offen in der Konferenz am 10. März, als der Streik beschlossen wurde, vom zweiten Vorsitzenden des Bergarbeiterver-

bandes, Genossen Husemann, ausgesprochen worden. Wie wenig die Werke von der Weiterarbeit dieser Leute erbaunt waren, beweist die Tatsache, daß sie vielfach von den Werkbetrieblingen nach Hause geschickt wurden. Nur ausgesprochene Dummheit oder Niedertracht kann angesichts solcher Tatsachen von einem Verrat reden.

## Streikkammer Ia kontra Streikkammer IIa.

### Das Verhängnis des Anfangsbuchstabens!

Darmstadt, 12. April. Am Dortmunder Landgericht sind, wie schon mitgeteilt wurde, seit den Osterferien 2 Sonderkammern mit der Aburteilung der Streikverbrecher beschäftigt. Verteidiger ist in den meisten Fällen, wo überhaupt ein Rechtsanwalt auftritt, der Dortmunder Rechtsanwalt Frank I. In einem Falle hatte sich vor der 2. Sonderkammer ein Bergmann wegen einer doppelten „Beleidigung“ „Arbeitswilliger“ zu verantworten. Auf der Strafe sollte der Streikende zu einem Streikbrecher gefasst haben: „Psui! schämt euch was, Streikbrecher!“ Im anderen Fall sollte die Beleidigung durch die Zimmerdecke geschehen sein. Der Angeklagte war in einer Versammlung gewesen und als er nach Hause kam, fragte ihn seine Frau nach dem Stande der Dinge. Die Frau meinte dann zu ihrem Mann, er könne doch auch arbeiten. Der Mann wurde wegen dieser Zumutung böse, er schimpfte mit seiner Frau und erklärte wiederholt, er werde nicht Streikbrecher. Von dem Gesprochenen schnappten zwei höher wohnende Streikbrecher einige Broden auf und sie fühlten sich beleidigt! Der Staatsanwalt warf 4 Wochen Gefängnis aus.

Der Verteidiger suchte in längeren Ausführungen die zweite Sonderkammer zu warnen, sich für die Regelfälle auf hohe Gefängnisstrafen festzulegen. Rechtsanwalt Frank hielt die Verurteilung für nicht genügend aufgeklärt, um zur Verurteilung kommen zu können. Die hohen Strafen, auf die vielfach auch bei leichten Beleidigungen erkannt wurde, führte der Verteidiger weiter aus, seien nur aus der reinen Abschreckungstheorie zu erklären, die doch längst fallen gelassen sei. Die hohen Strafen seien nicht angebracht und auch zwecklos. Streiks würden doch auch in Zukunft wieder vorkommen und auch, daß dann in der Erregung solche Worte fielen. Das Hauptmoment müsse doch immer die strafbare Schuld der Angeklagten bleiben. Es sei nicht einzusehen, daß bei Streiks Beleidigungen so ungeheuer viel schwerer geahndet werden müßten als sonst. Für ein „Psui!“ gebe es in anderen Fällen ein paar Mark Geldstrafe. Durch die Erregung gegen die Streikbrecher sei die persönliche Schuld bei einem Streik geringer als zu anderen Zeiten. Die schweren Gefängnisstrafen würden durch das Rechtsgesühl der Allgemeinheit nicht gedeckt. In allen Stadien der Veröberung und in den verschiedensten Parteirichtungen würden die verhängten Strafen als zu hart empfunden. Das allgemeine Rechtsgesühl sei beim Ausmaß der Strafe doch auch etwas zu berücksichtigen. Bei einer Verurteilung genüge eine geringe Geldstrafe. 1000 sei nach dem Streik durchweg auf geringe Geldstrafen erkannt worden und es sei nicht einzusehen, wie es heute ganz anders sein solle.

Diese Mahnrrede des Verteidigers schlug bei der 2. Sonderkammer durch. Das Urteil lautete nach langer Beratung auf 50 Mark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tagen Gefängnis. Die Beleidigung durch die Zimmerdecke hielt das Gericht nicht für erwiesen. Dem Angeklagten wurde auch die Erregung über den Streikbruch strafmildernd angerechnet.

In einem weiteren Fall sollte ein Bergmann gesagt haben: „Du Streikbrecher und Schwachhals! komm her, ich will die eine Brotkruste geben!“ Der Angeklagte war nicht organisiert; trotzdem ersuchte der Staatsanwalt, der wohl wieder seine Felle fortzuschwimmen sah, von einer Geldstrafe abzusehen, da sie erfahrungsgemäß gar nicht von den Verurteilten getragen würde. Zwei Wochen Gefängnis sollten das „Verbrechen“ sühnen. Das Gericht erkannte wieder auf 50 Mark Geldstrafe.

In einem dritten Fall hatte eine Frau gerufen: „Geht die Schweine, sie geben zum Stall! Psui!“ Der eigene Schwager der Polenfrau halte die Anzeige gemacht. Diesmal hatte der Staatsanwalt gelernt — oder hatte er andere Gründe? — er beantragte gar nur 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte wieder auf 50 Mark!

Bemerkenswert ist auch, daß die erste Streikkammer bei Publikationsbefugnissen regelmäßig die beiden Unternehmerrblätter, die „liberale“ „Dortmunder Zeitung“ und die zentralische „Protonia“ zu Inseraten kommen läßt, während die neu gebildete zweite Sonderkammer den Ausschlag an der Gemeindefestung während 14 Tagen verfügte.

Der Rechtsanwalt Frank I suchte seine Argumente vor der zweiten Streikkammer nun auch in den Fällen, wo er an der ersten Sonderkammer aufzutreten hatte, wirken zu lassen, leider mit durchaus negativem Erfolg.

Vor der ersten Kammer hatte sich ein Schwerverbrecher zu verantworten, der gerufen hatte: „Guten Tag, Herr Schmiedemeister!“ Er soll auch den Hut „tief gezogen“ und „Streikbrecher“ und „Haulenger“ gerufen haben und zwar in der Trunkenheit. Rechtsanwalt Frank wies auf die Urteile der anderen Kammer hin. Er erklärte weiter, dies sei ja nicht maßgebend, aber doch immerhin beachtlich. Es liege nicht im Interesse der Rechtspflege und es sei nicht wünschenswert, wenn es bei gleichliegenden Delikten in Zukunft vom Anfangsbuchstaben des Namens abhängt, ob ein Angeklagter zu einer mäßigen Geldstrafe oder zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt werde. Der Gesichtspunkt der Rechtsgleichheit sei doch auch zu beachten.

Das Urteil lautete auf 2 Wochen Gefängnis, eine Woche mehr, als der Staatsanwalt beantragt hatte. Nach der

Begründung hat das Gericht „nicht bekannt“, daß der Fall „an sich“ kein sehr schwerwiegender sei, anders, so hieß es weiter, werde die Sache aber durch den Streit! Die Arbeitswilligen müßten mit allen gesetzlichen Mitteln auf das entschiedenste geschützt werden. Deshalb sei prinzipiell auf Gefängnisstrafe zu erkennen. Nur wenn ein Fall ganz ausnahmsweise milde liege, wie wenn ein Streikender gereizt werde, könne es anders sein. Das Gericht lasse sich nicht durch die öffentliche Meinung oder durch Urteile der anderen Kammer bestimmen, sondern es urteile auf Grund freier Überzeugung! —

Man sieht aus diesen Vorgängen, daß es ein gefährliches Beginnen war, in der Erregung der ersten Tage gleich die Justizmaschine mit Überdruck arbeiten zu lassen. Die „freie Überzeugung“ in Ehren, aber diese Überzeugung wird selbstverständlich — und die Richter sind ja Menschen — von mancherlei Umständen beeinflusst.

Wer nun aber nach dem Anfangsbuchstaben seines Namens vor die alle, zuerst bestellte Sonderkammer für Streikvergehen am Dortmund Landgericht gezogen wird, läte gut, schleunigst eine Namensänderung vorzunehmen!

### Am Bochumer Landgericht

Sind zeitweilig drei Strafkammern mit der Aburteilung von Streikvergehen beschäftigt; sie tagen oft bis zum späten Abend. Da nicht hinreichend Richter vorhanden sind, so hat man eine Anzahl Amtsrichter herangezogen. Das an den Bochumer Strafkammern verhängte Strafmaß wird recht treffend durch die Wiedergabe einiger Fälle aus der Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Lützenstein gekennzeichnet, der ausführte, daß an den Gerichten in Bochum und Dortmund die einzelnen Straftaten geradezu katalogisiert würden, während man in Essen und Duisburg bedeutend milder strafe. Dort werde in vielen Fällen sogar auf Geldstrafen erkannt. Daß in dem Wort „Streikbrecher“ nicht immer eine Ehrverletzung erblickt werden könne, gehe daraus hervor, daß man in den Kreisen der professionellen Streikbrecher stolz auf diese Bezeichnung sei.

Daß die Gerichte auch anders urteilen können, wenn es sich nicht um Streikende handelt, beweist ein Fall aus Unna, der vor dem dortigen Schöffengericht verhandelt wurde. Ein Arbeitswilliger hatte auf eine Militärpatrouille geschossen und dazu noch bei seiner Verhaftung einen falschen Namen angegeben. Der Amtsanwalt beantragte 3 Wochen Gefängnis, das Gericht erkannte auf nur 20 Mark Geldstrafe.

### Wie Anklagen zustande kommen

zeigte eine besonders charakteristische Verhandlung am 19. April vor dem Dortmunder Landgericht.

Der Zeitungsbote Schleicher in Kattrop, ein schwächlicher Unfallinsasse, der früher in der Grube verunglückt war, war am zweiten Streiktag, am 12. März, von Beamten der Reichs-Erin schwer mißhandelt worden, und zwar mit Stöcken und mit einem Gummischlauch, weil er vor der Beche auf und ab spazierte. Schleicher behauptete, daß der Betriebsführer Müning von der Beche einer der ersten bei dem Uebelstand gewesen sei und daß Müning mit dem Stock geschlagen habe.

Unter den Streikenden entstand darüber eine große Aufregung, besonders auch deshalb, weil gegen die mißhandelnden Bechendeckel nichts von der Behörde unternommen wurde. Als sich ein Genosse dieserhalb an den Polizeikommissar Meineke wandte, erklärte dieser nur, man könne ja Anzeige machen. Der Genosse Oting ist als sozialdemokratischer Funktionär bekannt. Oting wurde einmal von dem Gendarmen Lange angesprochen und ermahnt, doch für mehr Ruhe zu sorgen, damit es nicht zum Waffengebrauch käme. Oting erklärte, daß ja das möglichste getan werde; die Aufregung unter den Streikenden sei aber wegen der Mißhandlung durch die Bechendeckel sehr groß, wenn die Drohungen, die ausgestoßen würden, ernst gemeint seien, könne er keine 10 Pfennig für das Leben des Betriebsführers geben. Gegen den Betriebsführer müsse eingeschritten werden.

Und was geschah?  
Gegen den Expedienten Oting wurde Anklage erhoben wegen — Beleidigung und Bedrohung des Betriebsführers!!

Der Kommissar und der Gendarm stellten den Vorgang im wesentlichen so dar wie der Angeklagte. Der Gendarm erklärte überdies, daß er Oting lange kenne und nur eine sachliche Mitteilung in den Worten erwidert habe, aber keine Drohung. Der Betriebsführer Müning bestreitet, selbst geschlagen zu haben, er gab aber zu, daß er zugehört und nichts getan hat, um die Mißhandlungen des Inzaltzen zu verhindern; er erklärte, das sei nicht seine Sache gewesen.

Als der Verteidiger den Betriebsführer fragte, ob er nicht einigen Personen drei Mark versprochen habe, wenn sie den Boten durchprügelten, erklärte Müning, es sei möglich, daß er gesagt habe, es gäbe drei Mark, wenn der Mann verprügelt werde. Weil ihn das so gekreuzt habe, setzte der gemütholle Ordnungsheld hinzu. Weiter gab der Betriebsführer zu, daß er dem Zeitungsbote Manekeller, der an der Beche auf dem Trottoir der Straße stand, drohte, ihn herunterzuschmeißen, daß er die Knochen zerbrechen.

Als dann weitere Zeugen bekunden wollten, daß der Betriebsführer überhaupt ein sehr gewalttätiger Mensch sei, daß aber die Erregung berechtigt gewesen sei, hielt das Gericht dies nicht mehr für nötig.

Als der Verteidiger, Rechtsanwalt Frank I., den Betriebsführer etwas in die Kur nahm, sprang der Staatsanwalt auf: „Es ist doch unglaublich, wie der Verteidiger den Zeugen anschnauzt!“ Der Vorsitzende ersuchte darauf den Staatsanwalt, doch nicht einen solchen Ton anzuschlagen.

Der Staatsanwalt war selbst für Freisprechung. Der Verteidiger beantragte, auch die persönlichen Auslagen des Angeklagten auf die Staatskasse zu übernehmen. Bei der richtigen Prüfung der Sache hätte die Hauptverhandlung nicht zustande kommen können. Der Angeklagte habe nicht nur straflos, sondern in hohem Maße anständig behandelt und seine Pflicht getan. Es sei hiemalschwerend, daß der Polizei der Vorfall mitgeteilt und daß trotzdem nichts geschehen sei. Bis heute sei man noch nicht gegen die mißhandelnden Bechendeckel eingeschritten.

Das Gericht kam zur Freisprechung und übernahm auch die persönlichen Kosten des Angeklagten auf die Staatskasse. Das Gericht sah in der Mitteilung Otings lediglich eine sachliche Darstellung der großen Erregung, die über die Mißhandlung geherrscht habe. Auch objektiv hat das Gericht weder eine Beleidigung noch eine Bedrohung in den Worten erblickt.

Die Übernahme der persönlichen Kosten auf die Staatskasse wurde damit begründet, daß die Ermittlungen in der Sache nicht sehr eingehend gewesen seien. Hätte man den Gendarmen genauer vernommen, hieß es, dann wäre es wohl gar nicht zur Anklage gekommen. —

Damit ist der Streit-Schnelljustiz ein schwerer Schlag versetzt.

### Der Lohnkampf der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau.

Am 10. d. Mts. ist das Einigungsamt wieder zusammengetreten. Von den Bergwerksbesitzern wurden die Zugeständnisse den Arbeitervertretern zur Kenntnis gebracht. Sie bedeuten so viel wie nichts. Der Erklärung, daß sie die geforderten Durchschnittslöhne im wesentlichen akzeptieren, folgten eine Reihe von Einschränkungen, die das wieder illusorisch machen, ja teilweise sogar den jetzigen Zustand verschlechtern würden. Die Schichtlöhne sollten von diesem Durchschnittslohn ausgeschaltet werden, er sollte also nur für Akkordarbeit gelten; alle Prämien und besonderen Zulagen sollten in den Durchschnittslohn eingerechnet werden, was bisher nicht der Fall war. An und für sich minimal sind die Zugeständnisse hinsichtlich der Erhöhung der Deputatlohn. Das sollte alles sein, was die Grubenherren geben wollten, obendrein sollte das in einem Arbeits- und Lohnvertrag festgelegt werden, der bis 1915 zu gelten hätte und der Lohnforderungen innerhalb dieser Zeit ausschließen würde.

Am 11. d. Mts. fand eine weitere Sitzung des Einigungsamtes statt, die aber ergebnislos verlief. An diesem Tage sind nun Sektionschef Hermann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und Bergbau, die beide schon anlässlich des nordwestböhmischen Bergarbeiterstreiks interveniert und zum Friedensschluß beigetragen hatten, nach Mährisch-Ostrau gefahren, um bei den Einigungsverhandlungen mitzuwirken.

Die Bergarbeiter Westböhmens, die ebenfalls in der Lohnbewegung stehen, erhielten von den Werksbesitzern folgende Antwort auf ihre Forderungen: „Seitens der Werke wurden den Arbeitern aller Kategorien eine Erhöhung ihrer Bezüge eingeräumt und noch andere Zugeständnisse gemacht. Die Neueinigung soll am 1. Mai in Kraft treten, jedoch unter der Bedingung, daß die Arbeiter nicht in den Streik treten.“ — Die Bergarbeiter werden zu den Zugeständnissen erst Stellung nehmen.

### Die Verpflichtung zur Gesetzesverletzung.

Seitdem sich unser bürgerlicher Staat aus den Zuständen des primitivsten Faustrechts zum bürgerlichen Rechtsstaat ausgewaschen hat, sind auch die Lehren des Faustrechts in Damm geirrt worden. Auch die sogenannten Ehrenhändel, die Duellholzererei jeder Art, sind durch das Gesetz, durch das Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt worden. Wer sich beleidigt fühlt, darf nicht nach alter germanischer oder keltischer oder wildevölkischer Kräftehilfe zum Selbstschutz vermittelst des Stahles oder des Bleies greifen, sondern er hat seine Beschwerde dem Gericht vorzutragen, das über den Fall ordnungsgemäß zu entscheiden hat.

Die Sitten des Faustrechts aus den primitiven Zeiten haben sich allerdings in Deutschland noch stellenweise erhalten. So bei den Herren Studiosen, die in algermanischer Heidenübung aus ihren Gesichtern Hadschisch zu machen lieben, so auch bei den Herren Offizieren, die ihre Ehrenhändel — die gewöhnlich aus sehr unehonorarigen Ursachen entspringen — gern durch den Säbel oder die Pistole zum Austrag zu bringen pflegen.

Diese dem Faustrecht entstammenden Zweikämpfe sind gesetzwidrig und werden, sofern die geschwädigt Handelnden der Staatsanwaltschaft bekannt werden, strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen und auch verurteilt. Gar schnurzig freilich ist es, daß zwar unsere Staatsanwälte pflichtgemäß Anklage gegen die duellmütigen Gesetzesbrecher erheben und unsere Gerichte wegen dieser Delikte Freiheitsstrafen verhängen müssen (freilich nur die ehonoreelle Festungshaft), daß aber unser Offizierskorps jeden Offizier erbarmungslos aus seinen Reihen stößt, der von dem vorinstanzlichen, aller gefunden Vernunft, aller christlichen Moral und auch unseren gesetzlichen Bestimmungen widersprechenden Ehrenkodex und Duellzwang nichts wissen will!

Doppelt interessant ist es deshalb, daß in den letzten Tagen erst von dem deutschen Kaiser ein Bescheid ergangen ist, der in aller Form verkündet, daß für das Offizierskorps das Strafgesetz unzulässig ist, daß im Gegenteil diejenigen Angehörigen des Offizierskorps, die sich dem Strafgesetzbuch unterwerfen (und nebenbei auch dem Gesetze des Christentums und der menschlichen Vernunft), schleunigst um ihre Entlassung nachzusuchen haben!

Den Anlaß zu diesem kaiserlichen Bescheid gab ein Ehrenhändel zwischen zwei Militärärzten. Der eine, ein gewisser Dr. Schumm, suchte durch allerhand beleidigende Angriffe seinen Gegner, einen Dr. Sambeth, zur Duellforderung zu drängen. Der Provokizierte jedoch erklärte vor dem Ehrengericht, daß er seinen Gegner mit Rücksicht auf die göttlichen Gebote, auf die menschlichen Gesetze, auf die Logik der Vernunftlehre, auf seine Familie nicht zum Zweikampf herausgefordert habe.

Dr. Sambeth strengte gegen Dr. Schumm eine gerichtliche Beleidigungsklage an, bei der Dr. Schumm auch zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Damit aber, daß der beleidigte Militärarzt die Entscheidung des ordentlichen Gerichts anrufen hatte, war der militärische Ehrenrat des Ehrengerichts durchaus nicht einverstanden, vielmehr erkannte er, daß Dr. Sambeth, weil er die Duellforderung gegenüber seinem Gegner unterlassen habe, mit schlichtem Abschied zu entlassen sei!

Kunmeh gelangte die Sache an Wilhelm II. selbst. Und wie war der Bescheid dieses obersten Hüters der Gesetze? Er lautete dahin, daß die Angelegenheit des Dr. Sambeth überhaupt nicht zum Gegenstand ehrengerichtlicher Beurteilung geeignet gewesen sei, weil ja Dr. Sambeth von vornherein den Zweikampf abgelehnt habe. Der kaiserliche Erlass fuhr dann fort:

„Ich lehne es daher ab, auf den vorliegenden Spruch Entscheidung zu treffen und bestimme, daß die Akten hierüber wegzulegen sind. Ich will indes in Rücksicht darauf, daß nach den statutenmäßigen Ermittlungen der Oberarzt der Landwehr Dr. Sambeth keinen begründeten Anlaß zu der ihm widerfahrenen Beleidigung gegeben hat, hierdurch aus Gnade genehmigen, daß er unverzüglich seine Verabschiedung nachsucht.“  
Hamburg v. d. Höhe, den 14. April 1910. Wilhelm R.

Der Kaiser verfügt also als oberster Kriegsherr, daß der Oberarzt, der das Duell ablehnte, weil er sich nicht nur zu den Geboten der Vernunft und der Religion, sondern auch zu denen des Gesetzes nicht in Widerspruch setzen wollte, sofort um seinen Abschied nachzusuchen habe!

Es ist begreiflich, daß die „Germania“ diesen Entscheid einen ganzen Heftenartikel widmet, daß sie es aufs höchste bedauert, daß dieser kaiserliche Entscheid eine Verletzung des Gesetzes zugunsten gesetzwidriger Standesgewohnheit proklamierte.

Wir finden, wie gesagt, die sittliche Enttäuschung und Aufregung der „Germania“ höchst verständlich, und vermögen ihre Gewissensbedrängnisse nachzufühlen. Denn es kann ja gar nichts Gefährlicheres und Kompromittierendes für die Anhänger unseres kapitalistischen „Rechtsstaates“ geben, als die von „allerhöchster Stelle“ ausgehende Proklamation, daß jemand unverzüglich seine Verabschiedung nachzusuchen hat, weil er die Bestimmungen des Gesetzes (außerdem auch der christlichen Moral und der Vernunft) für wichtiger hält, als die abgeschmackte und geschwädigte Unsitte der Duellholzererei!

Unsere Ultramonken fühlen sehr gut, daß dieser kaiserliche Erlass, der Ausnahmestände für gewisse Stände proklamiert und das gemeine Recht rückwärts aufhebt, den Glauben an unseren Rechtsstaat bei den Volksmassen auf das allerhöchste erschüttern muß! Wir Sozialdemokraten freilich sind darum der kaiserlichen Entscheidung ganz und gar nicht gram, wenn wir natürlich auch das unserige dazu beitragen werden, um den kassenden Widerspruch zwischen dem Gesetz und dem feudalen Faustrecht den weitaus meisten Kreisen zum Bewußtsein zu bringen!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. April 1910.

#### Die Durchsicht der Wehrvorlagen.

In einem offiziellen Berliner Telegramm der „N. O. N. N.“ wird ausgeführt:

„In militärischer Hinsicht ist als spätester Termin für die beabsichtigte Aufstellung von Reformationen der 1. Oktober anzusehen. Doch muß der Heeresverwaltung für die umfangreichen Vorbereitungen die erforderliche Zeit gelassen werden. Deshalb müsse geradezu gefordert werden, daß die Vorlagen noch im Mai vom Reichstage abgelehnt werden. Angesichts der französischen, russischen und englischen Rüstungen würden wir bei weiterer Verzögerung der Wehrvorlagen immer mehr ins Hintertreffen geraten.“

Der Reichstag müßte die Zustimmung mit Entrüstung ablehnen, sich auf die hier geforderte Durchsicht der Wehrvorlagen einzulassen. Die Heeresverwaltung hat wahrhaftig hinlänglich Zeit gehabt, ihre Vorlagen abzuschließen, und es lag kein Hindernis im Wege, dem Reichstage die Wehrvorlagen bereits lange zuvor zugehen zu lassen. Die Wehrvorlagen der Heeresverwaltung ist ja gerade, jede eingehende Kritik ihrer Forderungen zu verbieten.

Zuerst bestand der Plan, die Wehrvorlagen möglicherweise ohne Kommissionsberatung im Reichstage durchzudrücken. Aufregungen nach dieser Richtung hin sind bei den maßgebenden bürgerlichen Fraktionen unternommen worden. Dieser Plan ist offenbar gescheitert. Da die Budgetkommission aber noch einige Wochen hindurch zu tun hat, um die Beratung des Etats zu Ende zu führen, will man nun neuerdings dem bereits ausgegebenen Plan, die Wehrvorlagen einer besonderen Kommission zu überweisen, doch wieder näher treten. —

In einem angeblich aus parlamentarischen Kreisen stammenden Artikel, der durch eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen läuft, wird angeregt, die Beratung der Wehrvorlagen derart zu beschleunigen, daß noch vor Pfingsten die Arbeiten der Kommission abgeschlossen werden können, so daß dann der Reichstag lediglich nach Pfingsten noch zu einer kurzen Nachsitzung zusammenzutreten müßte. Genau so wie seinerzeit bei der Verabschiedung der Steuererhöhungen sollen dann offenbar die Pfingstferien zur Fertigstellung des Kommissionsberichtes benutzt werden.

Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich darauf hinwirken, daß eine geordnete Beratung stattfindet. Es handelt sich um Ausgaben von mehr als 300 Millionen Mark, die in drei Jahren aufgebracht werden müssen, und da ist es unausweichliche Pflicht, die Beratungen so zu gestalten, daß das Volk auch nach jeder Hinsicht volle Aufklärung bekommt.

#### Hinter den Kulissen des Zentrums.

Die „Köln. Volksztg.“ hat den Austritt des Herrn Noeren aus der Zentrumsfraktion des Reichstages als einen Sieg der Kölner Richtung gefeiert, und tatsächlich zeigt nicht dieser „Fall“, sondern auch das ganze jetzige übermächtige Auftreten der „Bachemiten“, daß sie zurzeit wieder oben auf sind. Vielleicht hat die Judasrolle, die auf Geheiß des väterlichen unter bachemitischem Einfluß stehenden Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften der christliche Bergarbeiterverband beim letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier gespielt hat, den Bachemiten bei der römischen Kurie wieder eine gewisse Duldung verschafft. Den Führern der sogenannten Berliner Richtung ist das nur ein Grund, um so schärfer und rückwärtslos gegen die parlamentarische und journalistische Befolgenschaft der Bachem. Trimbom u. Co. vorzugehen. Die zur Berliner Richtung gehörende „Köln. Korrespondenz“ geht denn auch in letzter Nummer dazu über, allerlei Enthüllungen aus früheren Sitzungen der Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses zu veröffentlichen, die die ganze feige Nachsichtsträgeri und das jesuitische Verdeckspiel der beiden Fraktionen vor aller Welt offen bloßstellen. So ergab z. B. die „Köln. Korrespondenz“:

„Am 21. Oktober 1910 versammelten sich in Berlin die Vorstände der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, um unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Vorsch den jetzt schon alten und immer wieder neuen Zentrumsstreit zu besprechen. Es waren über 60 Delegierte zugegen.“

Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Abg. Noeren, welcher zum Vorsitzenden gewählt und infolgedessen die Besprechung leitete. Er wurde aufgefordert, die von der Oesterkonferenz gegebene Definition des Zentrums offiziell zu desavouieren. Als Herr Noeren sich weigerte, kam es zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Gros der übrigen Vorstandsmitglieder. Zuerst wiederholte er die von der Oesterkonferenz aufgestellte, aber den meisten der Anwesenden unbekanntes Zentrumsdefinition, wonach das Zentrum eine politische Partei ist, welche ihre Politik im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung macht. Er erklärte, daß die Oesterkonferenz diese Definition selbst nicht aufgestellt, um sie der Partei aufzuzwingen, sondern um sie als private Richtlinie im Kampf gegen die „Bachem. Richtung“ zu gebrauchen; das Zentrum sei doch eine politische Partei, und es könne niemandem verwehrt werden, die Formulierung einer Definition zu versuchen. Dann sprach der Abg. Noeren etwa so fort: „Ich meine Zentrumsdefinition, wie sie von der Oesterkonferenz aufgestellt wurde, falsch, so beantrage ich, daß die Parteivorstände eine richtige Definition aufstellen.“ Die Vorstände hätten allen Grund gehabt, diesen Vorschlag anzunehmen, denn gerade um die Zentrumsdefinition dreht sich ja der ganze Streit. Sie als die Parteivorstände der Gesamtpartei waren am ehesten berufen zu sagen, was die damals größte Partei im Reichstag eigentlich ist, und dadurch den unseligen Streit, der durch Gewaltmaßregeln nur verstärkt wird, mit einem Schlage zu beilegen. Leider ließ sich aber die höchste Parteinstanz auf diese Kardinalfrage nicht ein, und zwar nicht nur aus parteipolitischen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf Wünsche, die außerhalb der Zentrumsfraktionen laut geworden waren. Die Antwort auf den Antrag Noeren war also ein vielfachgedecktes Schweigen.

Nun hat der Abg. Noeren, wenn man keine Definition des Zentrums geben wolle, so möchte man wenigstens öffentlich erklären, daß die von der Osterkonferenz aufgestellte Definition, wonach das Zentrum im Einklang mit den katholischen Grundsätzen steht, falsch sei. Hieran erwiderte der Dompropst aus Frauenburg, Abg. Dr. Theol. Dietrich: Man könne die Zentrumsdefinition der Osterkonferenz nicht für falsch erklären, weil man doch nicht sagen könne, das Zentrum brauche seine Politik nicht im Einklang mit den katholischen Grundsätzen zu machen. Als damit auch der zweite Antrag des Abg. Noeren abgelehnt war, erklärte dieser, er stelle sich auf den Boden des Abgeordneten und Zentrumsführers Dr. P. Spahn, der am 4. September 1909 vor seinen Wählern in Rheinsberg erklärt habe, die Zentrumsfraktion und die Zentrumsparthei mache ihre Politik auf dem Boden der katholischen Weltanschauung. Darauf gab der amtierende Abg. Spahn die in einem solchen Falle einzig mögliche Antwort: Er habe das ja nicht so gemeint. Leider steht es aber so in der „Kölnischen Volkszeitung“, und die Worte Spahns sind so klar, daß schlechterdings nichts davon zu deuteln ist.

Das Zentrum bezeichnet sich als eine für Recht, Freiheit und Wahrheit kämpfende Partei, und seine Presse preist mit großen Redensarten den Bekennermut und die Gesinnungstreue des um die Zentrumsfrage gesparten katholischen Volkes, und doch wagen die Führer dieser Partei wieder zu sagen, was sie sind, noch was sie nicht sind. Mit vieldeutigen Redewendungen gehen sie einer offenen Definition des Wesens ihrer Partei schon aus dem Wege. Deutlicher kann die ganze innere Verlogenheit dieses konfessionellen Parteigebildes nicht gekennzeichnet werden als durch die obigen Mitteilungen der „Kölnischen Volkszeitung“.

### Die Kieler Sozialdemokratie und die Oberbürgermeisterwahl.

Zum erstenmal hat sich die Kieler Parteigenossenschaft mit der Frage der Beteiligung an der Oberbürgermeisterwahl beschäftigt. Ende dieses Jahres wird Oberbürgermeister Dr. Fuhs nach 24-jähriger Tätigkeit aus seinem Amte scheiden. Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters wird schon am 17. April stattfinden. Die Absicht des jetzigen Oberbürgermeisters Dr. Fuhs, nach Ablauf seiner zweiten Wahlperiode in den Ruhestand zu treten, war schon seit Jahr und Tag bekannt, und so lange ist es auch bei den maßgebenden Männern der bürgerlichen Kommunalvereine und den bürgerlichen Stadtverordneten ausgemachte Sache, daß sein Nachfolger der zweite Bürgermeister Lindemann werden muß. Diese Tatsache war es aber gerade, die die Sozialdemokratie auf den Plan rief. Bürgermeister Lindemann war es, der im Frühjahr 1909 die vom Magistrat eingebrachte Vorlage auf Einführung des Dreiklassenwahlrechts in Kiel ganz besonders scharf und rücksichtslos vertrat, trotzdem er erst vor einigen Monaten als zweiter Bürgermeister gewählt worden war. Seine Haltung zur Wahlrechtsfrage löste bei der sozialdemokratischen Wählerschaft große Erbitterung aus.

Die aus 28 Personen (14 Magistratsmitgliedern und 14 Stadtverordneten) bestehende Präsentationskommission, in der auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion mit 5 Mann vertreten war, hat von den Gewerbern als Kandidaten aufgestellt: Oberbürgermeister Dr. J. O. K. Lüdenscheid, Bürgermeister Lindemann, einen in Kiel und Oberbürgermeister Schlemann in Rottowig. Die sozialdemokratische Fraktion hat sämtlichen Kandidaten Fragen über ihre Stellung zur Frage des Wahlrechts, der Vergütung der städtischen Arbeiter, der guten Wohnverhältnisse, der städtischen Regie, der Bodenpolitik, der Arbeitslosenversicherung und der städtischen Selbstverwaltung vorgelegt. Alle Fragen sind auch von den drei Kandidaten schriftlich beantwortet worden. In der für die Arbeiterklasse schriftlich beantworteten Frage des kommunalen Wahlrechts antwortete der Kandidat aus Lüdenscheid ausweichend, der Rottowiger, daß er keiner Verschlechterung des Wahlrechts zustimmen werde, eventuell für seine Erweiterung sei. Bürgermeister Lindemann erklärte, er sei gegen eine Änderung des Wahlrechts durch Senkung der Wahlrechtsfrage, auch dagegen, daß die Stadtkollegien die Anregung zur Einführung der Klassenwahl geben.

Diese Antworten waren entscheidend für die Entschliebung der Parteigenossen. Am Donnerstagabend beschäftigte sich eine von 1500 Mitgliedern besetzte Hauptversammlung der sozialdemokratischen Vereine Groß-Kiel mit der Frage der Wahlbeteiligung. Nach dem Referat des Genossen Adler wurde mit großer Mehrheit beschlossen, strikte Wahlenthaltung zu üben. Adlers Begründung der Wahlenthaltung ging dahin: Die Sozialdemokratie darf keine Nachpolitik treiben, sondern nur eine Politik der Vernunft. In Lindemanns geänderter Stellung zur Wahlrechtsfrage kommt der wachsende Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Rathaus zum Ausdruck. Dieser Einfluß werde — da die sozialdemokratischen Wähler Lindemann wegen seiner stilleren Haltung zur Wahlrechtsfrage nicht direkt wählen könnten — am besten gestärkt, wenn sie durch Stimmhaltung seine Wahl nicht verhindern. Würde Lindemann sein schriftlich gegebenes Versprechen brechen, würde er sich direkt unmöglich machen.

Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie den Oberbürgermeister wählt, ob sie sich an der Wahl beteiligt oder nicht. Die Wahl erfolgt nämlich durch die gesamte Bürgerschaft, und nicht in Wahlbezirken, sondern durch die ganze Stadt. Wähler sind dieselben Leute, die die Stadtverordneten wählen. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen wurden aber 12 000 sozialdemokratische und 9000 bürgerliche Stimmen abgegeben.

### Ein Verzeichnis der unerledigten Vorlagen

Ist im Abgeordnetenhaus ausgegeben worden. Zur Plenarberatung sind reif und zwar für die erste Lesung: Das Eisenbahnverkehrs-gesetz, der Entwurf über die Polizeiverwaltung im Regierungsbezirk Oppeln, der Entwurf über die Anlage von Sportplätzen in Inhaberpapieren, Einwurfe über Errichtung von neuen Anstalten in Städtchen und Schönlake, der Entwurf über die Umlegung von Grundstücken in Wiesbaden, ferner neue Verfassungen, Verordnungen, Berichte und Denkschriften der Staatsregierung, 30 Anträge, eine Wahlprüfung (Abg. Wohlfarth, 14. April), 38 Petitionen, Berichte, vom Etat sind noch in zweiter Lesung zu beraten der Eisenbahnetat, der Etat des Ministeriums des Innern, der Etat der Finanzverwaltung, der Anstaltsetat für die Ostmarken mit der Anstaltsetat für die Ostmarken, vom Kultusministerium das Kapitel „Höhere Lehranstalten“, vom Bauetat der Titel „Reinbau des Berliner Opernhauses“.

In der Beratung von Kommissionen befinden sich das Ausführungsgesetz zur Maß- und Gewichtsordnung, der Entwurf über die Reinigung öffentlicher Wege, der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreis Ebersfeld, die Steuergesetze, das Wasser-gesetz, das Arbeitszeitengesetz, das Eisenbahnverkehrs-gesetz, die Robette zum Anapropäthengesetz, ferner 21 Anträge, drei Rechnungs-sachen. Es sind mithin noch zu erledigen: der Etat, 14 Gesetzentwürfe, 18 andere Regierungsvorlagen, 47 Anträge, eine Wahlprüfung, 38 Kommissionenberichte über Petitionen. Das Herrenhaus hat den ihm vorgelegten Stoff bis auf den kleinen Entwurf über die anderweitige Vertretung der Berliner Synagogengemeinde beschäftigt.

## Oesterreich.

### Böhmische Finanznöte.

Die Lohnsetzung des Privilegienlandtags durch die Obstruktion der Deutschen, die nationale Gleichberechtigung und keine Wahlreform wollen, bleibt auch nicht ohne Wirkung auf die Finanzlage des Staates. Falls die jetzt wieder einmal betriebenen deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen bis Mitte Mai kein Ergebnis liefern — dafür werden die Interessenten des permanenten nationalen Haders schon sorgen — soll mit Hilfe des Staates eine Anleihe des Königreichs Böhmen aufgenommen werden, für deren Rückzahlung die Regierung garantieren soll. Gelingt dieses Unternehmen nicht, so wird das Land sämtliche Zahlungen einstellen, und zwar die Gehälter der Landesbeamten, die Garantien für die Lokalbahnen und die Zinsen der Landesobligationen. Dagegen sind die Lehrergehälter noch gesichert durch die 55prozentige Landesumlage auf die Staatssteuern, die trotz ihrer Nichtbewilligung auf Grund abfälliger Ermächtigung der Krone erhoben wird.

## Schweiz.

### Sozialdemokratische Gerichtspräsidenten.

Vom Obergericht (Landgericht) des Kantons Zürich wurde Genosse Dito Lang, bisher zweiter Vizepräsident und viele Jahre Vorsitzender der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, zum Präsidenten gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde Genosse H. Wyh. Danach sitzen die beiden Sozialdemokraten des Obergerichts neben einem bürgerlichen im Präsidium; ein gleich ehrendes Zeugnis für ihre richterlichen Eigenschaften wie für die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des gesamten Richterstandes, der, in seiner großen Mehrheit bürgerlich gesinnt, derart frei von politischen Rücksichten entscheidet. — In Solothurn ist Genosse Dr. H. Affolter Gerichtspräsident. — Selbstverständlich steht dieser schweizerische Juristenstand, aus dessen Reihen das weitens beste bürgerliche Gezeuch (dessen Uebnahme an Stelle unseres wenig glücklichen bürgerlichen Gesetzbuches man schon empfohlen hat), ein vorzüglicher Strafgesetzbuch und ein Meisterwerk wie Lothmars „Arbeitsvertrag“ hervorgegangen sind, an Gesinnungsmäßigkeit weit hinter unserem deutschen zurück. In Basel, wo sie heute anstandslos von der Streikjustiz im Ruhegebiet ausgeführt werden, wäre das schweizerische Richteramt nicht zu gebrauchen.

## England.

### Militär und Streiks.

London, 11. April. (Fig. Ver.) Die Frage der Verwendung des Militärs in wirtschaftlichen Kämpfen, die augenblicklich, da die Regierung Truppen nach Lancashire schickt, wieder sehr aktuell geworden ist, wurde gestern im Parlament von den Genossen Keir Hardie, Thorne, Lansbury und anderen bei der Komiteeberatung der (jährlichen) Heeresvorlage angesprochen. Es wurden verschiedene Abänderungsanträge gestellt, von denen der wichtigste der von Keir Hardie begründete war, in dem gefordert wurde, die Rekruten beim Eintritt in das Heer aus ihrem Wunsch von der Pflicht, der Zivilbehörde bei wirtschaftlichen Streitigkeiten zu Hilfe zu kommen, zu entbinden. Das Heer, so führte Keir Hardie aus, sei zur Verteidigung des Landes gegen den äußeren Feind bestimmt. Das sage der Feldwebel dem Rekruten bei der Anwerbung. Die Soldaten stammten aus der Arbeiterklasse. Es sei daher im Interesse des Heeres selbst, daß es nicht bei Streiks verwendet werden sollte. Denn wenn der junge Arbeiter klar sehe, daß er als Soldat unter Umständen auf seine Verwandten und Freunde schießen müsse, werde die Rekrutierung bald ins Stocken geraten. Die Regierung habe kein Vertrauen zur Arbeiterschaft. Das sei vor dem Kohlenstreik bewiesen worden, als man die Gewehre der jungen Bergarbeiter, die der Territorialarmee angehören, einforderte und nutzlos machte. Es sei nicht wahr, daß die Armee nur bei Unruhen zur Verwendung komme. Im vorigen Jahre habe man in Laneshy zwei Personen erschossen, nur weil ein betrunkenen Lokomotivführer einen Zug zum Stillstand brachte. Lansbury, der das Amendement unterstützte, zeigte an dem Beispiel des Eisenbahnstreiks vom letzten Sommer, wie die Regierung das Heer im Interesse der Kapitalisten mißbraucht. Er erinnerte an die mit Militär besetzten Bahnhöfe, an die mit Bajonetten und scharf geladenen Gewehren bewaffneten Soldaten, die die Streikenden einschüchtern sollten, an den Aufmarsch der Armee, ehe noch der Streik erklärt worden war.

Die Regierungsbereiter leugneten, daß die Soldaten gegen Streikende verwendet würden. Sie erklärten, das Militär griffe nur bei ersten Unruhen ein und da habe der Soldat dieselbe Pflicht, den Zivilbehörden zur Hilfe zu kommen, wie jeder Zivilist.

Ein wichtiges Gefändnis entschlüßte aber dem Attorney-General, als ihn der radikale Wedgwood fragte, ob ein Soldat gezwungen werden könnte, als Streikbrecher zu arbeiten. Der Regierungsvertreter erwiderte, das hänge ganz von den Umständen ab.

Der Antrag Keir Hardies wurde zwar mit 23 gegen 168 niedergestimmt, aber die Frage ist damit noch lange nicht abgetan. Das Volk bekundete gern Interesse für die Frage der Verwendung des Militärs bei wirtschaftlichen Streitigkeiten, die allem Anscheine nach zu einer der wichtigsten der englischen Politik werden wird.

## Türkei.

### Gewaltspolitik.

Das Internationale Sozialistische Bureau erhielt aus Saloniki Mitteilungen über die eigenartigen politischen Praktiken, die dort gegenwärtig angewendet werden.

Die Mitglieder der sozialistischen Partei werden dort zahllosen Schikanen ausgesetzt und man tut alles, um ihre Tätigkeit lahmzulegen.

Die Agitation der sozialistischen Arbeitervereinigung in Saloniki hat außerordentlichen Erfolg gehabt; der Bund, den sie mit verschiedenen Gruppen der Opposition geschlossen hatte, hätte ihr fast den Sieg gebracht. Da aber die Arbeitervereinigung die besten Aussichten bei den Parlamentarischen Wahlen hatte, und da die große Mehrheit der Bevölkerung von Saloniki die sozialistische Organisation unterstützt, ist der jungtürkischen Partei (Wart Union et Progress) jedes Mittel recht, die Sozialisten zu bekämpfen.

Da die Jungtürken die Regierungsgewalt haben, verweigerten sie das Versammlungsgesetz und legen der sozialistischen Agitation dadurch Fesseln an; sie verbieten den Sozialisten einfach, Wähler-versammlungen einzuberufen. Außerdem verleiht die herrschende Partei die verfassungsmäßigen Gesetze, verkerte die besten Kräfte der Arbeitervereinigung ein und verbannte drei von ihnen nach Drama. Jetzt ist man dabei, das Lokal der Vereinigung gewaltsam zu schließen, die Redakteure der Zeitung „Solidaridad Ouzagera“ zu verhaften und die Herausgabe dieses Blattes zu vereiteln.

Nach Informationen aus sicherer Quelle wird der ganze Vorstand der Vereinigung verhaftet werden, wenn man nicht mit aller Energie interveniert.

Diese Vorgänge sind um so empörender, als die Wahlen in einigen Kreisen schon begonnen haben. Diese sind so raffiniert eingeteilt, daß in erster Linie die muslimännische Bevölkerung davon Vorteil hat. Die Wahlkommissionen sind ausschließlich aus Angehörigen der Jungtürkischen Partei zusammengesetzt; die Wahlgesehe werden in der schamlosesten Weise verzwängt und der Betrug wird ganz offen ausgeführt.

Der Druck, den die Behörden auf die Sozialisten ausüben, wird von Tag zu Tag stärker. Die Bevölkerung wird terrorisiert, die meisten Wähler enthalten sich deshalb der Wahl.

Das Internationale Sozialistische Bureau protestiert noch einmal gegen diese Gewalttätigkeiten.

Es macht die demokratische Presse aller Länder auf die skandalöse Behandlung der Mitglieder der sozialistischen Arbeitervereinigung in Saloniki aufmerksam und fordert diese Presse auf, sofort einen energischen Feldzug zu eröffnen, um die Befreiung der eingekerkerten Genossen zu erwirken und um einem skandalösen Zustande ein Ende zu machen, der schon zu lange hat bestehen können.

Brüssel, 12. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Internationale Sozialistische Bureau erhielt folgende Depesche:

Der Kandidat der sozialistischen Arbeitervereinigung von Saloniki, der frühere Abgeordnete Dimitri Vlatoff, ist jedoch verhaftet worden.

## Soziales.

### Handelsgesetzte und Sonntagruhe im Handeldgewerbe.

Dem Reichsamt des Innern hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen dieser Tage folgende Eingabe gesandt:

Der Herr Staatssekretär des Innern hat, wie aus der Zeitschrift „Handel und Gewerbe“ vom 23. März 1912 ersichtlich ist, an den Deutschen Handeldtag den Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagruhe im Handeldgewerbe gesandt. Dies Vorgehen, sich lediglich an die Unternehmer zu wenden, entspricht der Maßnahme des Herrn preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, der im Jahre 1910 auch nur die Unternehmer des Handeldgewerbes ersuchte, zu dem damals vorgelegten Entwurf über die Konkurrenz-Kaufel Stellung zu nehmen und Bescheid zu geben.

Nach unserer Meinung haben wir ein Recht darauf, daß die Behörden nicht nur einseitig die Unternehmer über solche Gesetzentwürfe hören, die in Vorbereitung sind, sondern auch die Angestellten in derselben Weise verständigen. Es genügt auch nicht, sich darauf zu verlassen, daß die Angestellten aus den Zeitschriften der Unternehmer nachträglich erfahren werden, was die Behörden planen. Das entspricht weder der Würde noch den Interessen der Angestellten.

Dem Reichsamt des Innern muß eine solche Rücksichtnahme der Angestellten um so mehr betreiben, als das ihm nachgeordnete Kaiserliche Statistische Amt die Adressen der Angestelltenverbände genau kennt, wenn es von diesen etwas zu wissen wünscht. Wir richten an den Herrn Staatssekretär daher die Bitte, in ähnlichen Fällen, die die Handlungsgehilfen betreffen, wenigstens diejenigen Angestelltenverbände zu verständigen, mit denen das Kaiserliche Statistische Amt in statistischen Angelegenheiten in Verbindung steht.

### Internationaler Kongress für Tuberkulosebekämpfung in Rom.

Vom 14. bis 20. d. M. tagt in Rom der 7. internationale Kongress für das Studium und die Bekämpfung der Tuberkulose. Zu dem Kongress haben sich bereits über 2000 Mitglieder eingetragen, und die Regierungen fast aller Kulturstaaten werden auf ihm offiziell vertreten sein. Er wird in drei Sektionen arbeiten, deren eine die Tuberkulose in ihren sozialen Beziehungen, nämlich im Hinblick auf das Wohnungswesen, Schulwesen, Industrialismus, Alkoholismus und Auswanderung, behandeln wird. Die zweite Sektion ist der Pathologie und Therapie gewidmet, während die dritte sich mit der Aetiologie und Epidemiologie beschäftigt wird. Hier wird vor allem die Frage über die Beziehung zwischen Rindertuberkulose und Menschentuberkulose behandelt werden, sowie die der Eingangsportien, durch die die Bazillen in den Organismus gelangen, und die der Bedingungen, unter denen sie sich vermehren und dem Organismus gefährlich werden. Eine besondere Sitzung wird sich mit dem Wirken der Frauen im Kampfe gegen die Tuberkulose beschäftigen.

## Aus Industrie und Handel.

### Zur Erneuerung des Stahlwerksverbandes.

Die augenblickliche günstige Geschäftslage in der Eisenindustrie läßt den Werken die Erneuerung des Stahlwerksverbandes nicht so notwendig erscheinen, als es in Zeiten schlechterer Konjunktur der Fall sein dürfte. Daher ist trotz des baldigen Ablaufs des alten Verbandes bisher noch immer keine endgültige Einigung erzielt worden. Auch an und für sich bietet die Zusammenwerfung der Stahlwerke besondere Schwierigkeiten, die gegenüber früheren Jahren noch bedeutend gewachsen sind. Trotz der zahlreichen Fusionen kleinerer und mittlerer Werke untereinander ist doch der Umfang der großen Werke durch Auffassung anderer und eigene Betriebserweiterungen absolut und relativ schneller gestiegen. Eine Schwierigkeit für die Erneuerung des Verbandes liegt daher in den hohen Quotenforderungen aller Werke, eine andere in den besonders großen Ansprüchen der Nebenbetriebe, die bei beschränkter Produktion den Hauptquotenanteil beanspruchen. Aber auch in der inneren Produktionsentwicklung sind neue und erbedlichere Geminnisse für die Verbands-erneuerung erwachsen. Der Stahlwerksverband untersteht bei seinen Produkten zwei Gruppen. Zu den A-Produkten gehören Halbzeug (Rohr, Blöcke), Eisenbahn-Oberbaumaterial (Schwellen, Schienen) und Träger (Formeisen); zu den B-Produkten Stabstahl, Walzdraht, Bleche, Röhren, Guß- und Schmiedestücke. Für jede Gruppe der A-Produkte besteht eine besondere Verkaufsabteilung; der Verband kauft die A-Produkte von den Werken auf und gibt sie als Verkäufer ab. Bei den B-Produkten ist nur das Angebot der Werke auf dem Markt kontingentiert; die Preisfestsetzung ist den einzelnen Werken überlassen. Seit 1904, dem Gründungsjahr des Verbandes, hat sich das Verhältnis von A- und B-Produkten und deren Bedeutung für die Werke verschoben. Ursprünglich lag das Schwergewicht in den A-Produkten. 1904 betrug die Beteiligung in A-Produkten 4,650 Millionen Tonnen, in B-Produkten 3,447 Millionen Tonnen. 1907, im Jahre der Hochkonjunktur, lauteten die Beteiligungsziffern für die A-Gruppe 6,054 Millionen Tonnen, für die B-Gruppe 5,818 Millionen Tonnen. Und im Jahre 1911 stehen die B-Produkte mit 6,182 Millionen Tonnen den A-Produkten mit 6,250 Millionen Tonnen ganz nahe. Die B-Produkte gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die Werke legen sich auf ihre Produktion und fordern der allem für sie weitestgehende Beteiligungsquoten. Daher hat der Stahlwerksverband am Freitag beschlossen, die Kontingentierung der B-Produkte im neuen Vertrag ganz aufzugeben. Ob nun dieser Verkauf wirklich bestehen bleiben wird, ist allerdings fraglich. Die endgültige Beschlußfassung steht ja noch aus. Die Überführung der Kontingentierung durch die Produktionsbeschränkung hat für die Werke so viel Vorteil, daß eine Änderung in diesem Sinne sehr unwahrscheinlich ist.











# A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37  
Königstrasse 31-32  
am Bahnhof Alexanderplatz.

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37  
Die Firma A. Wertheim  
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31  
Oranienstrasse 52-55

Montag, Dienstag, Mittwoch zu Extra-Preisen:

## Grosser Seidenstoff-Verkauf

### für Kostüme

- \*Lyoner Taffet-changeant ca. 100 bis 110 cm breit. . . . . Mtr. 6.00
- \*Lyoner Taffet camelon rayé ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 6.25
- \*Taffet Jaspé rayé ca. 90 cm breit. . . . . Mtr. 6.50
- \*Armure pointellé ca. 70 cm breit. . . . . Mtr. 8.00
- \*Taffet Jaspé ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 10.75
- \*Givrin marine und schwarz ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 12.75

### Einfarbig

- Taffet musselin in neuen Farb. Mtr. 1.85
- Satin de chine und Mossaline, reine Seide . . . . . Mtr. 1.40
- Paillette in grosser Farbauswahl. Mtr. 1.85
- Armure gute Qualität, mod. Farben. Mtr. 3.00

**Crepe de chine 3.60**  
viele Farben, ca. 110 cm br., Mtr.

- \*Radium tafettartiges Gewebe, für eleg. Kleider, ca. 110 cm breit. Mtr. 5.50
- Voile Ninon einfarbig, ca. 110 cm breit. Mtr. 2.75
- Voile chappe starkfädig, ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 4.00

**Satin-Grenadine 5.90**  
neue Frühjahrsfarb., 105 cm br.

- \*Lyoner Twill in aparten Farben, ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 6.50
- \*Crépe de chine façonné ca. 110 cm br. . . . . Mtr. 8.75
- Seiden-Cachemire gute Qual., ca. 110 cm br. Mtr. 10.25

- Waschblusen aus Voile oder Batist**
- mit Stickerei, in verschiedener Ausführung 4.75, 5.75
  - mit langgestickter Passe oder Stickerei garniert 6.50 b. 9.25
  - Farbig gestreifter Zephyr . . . . . 1.45, 2.45, 3.45

### Gemustert

- Taffet-Chiffon in neuen Streifenmustern . . . . . Mtr. 1.40
- Satin de chine mit Bordüre . . . . . Mtr. 1.70
- Taffet-Schotten mit Satinstreif. Mtr. 2.25
- Taffet-Musselin bedruckt mille fleurs . . . . . Mtr. 2.90

**Taffet-Musselin 2.60**  
fein kariert für Kleider . Mtr.

- Marquissette u. Voile beir. ca. 110 cm br. Mtr. 3.60
- Radium und Peau de soie in neuen Druckmustern . . . . . Mtr. 3.85
- \*Peau de soie Bordürenstoff, mit Spitzendruck . . . . . Mtr. 6.00

**Radium bedruckt, mit eleg. Bordüre, ca. 110 cm breit . . . . . Mtr. 5.25**

- \*Voile-Crépe mit schott. Bordüre. Mtr. 4.75
- \*Voile satin rayé bedruckt, ca. 110 cm breit . . . . . Mtr. 5.50
- \*Radium mille fleurs und rayé, ca. 110 cm breit

- Damen-Paletots engl. Geschmack 9.75
- Jackett-Kostüme engl. Geschmack. 19.75
- blau Serge oder im engl. Geschmack . . . . . 23.75
- Taffet-Mäntel schwarz, div. Ausführung . 24.75

### für Kostüme und Kleider

- Tussah façonné . . . . . Mtr. 1.15
- Chinesische Rohseide . . . . . Mtr. 1.35
- Chinesische Rohseide ca. 90 cm breit. Mtr. 2.50
- Deutsche Bastseide ca. 110 cm breit. . . . . Mtr. 3.25
- Deutsche Bastseide starkfädig, für Kostüme. Mtr. 6.50
- \*Chinesische Rohseide für Kostüme und Herrenanzüge . . . . . Mtr. 8.25

### Damen-Wäsche

- Taghemden mit Langtonbeza. . . . . 1.85, 1.90
- Taghemden mit Stickerei 1.60 bis 2.70
- Taghemden mit handgestickten Madeira-Passen . . . . . 1.50 bis 2.90
- Taghemden mit Stickerei-Ein- u. Ansatz 1.95 bis 2.95
- Beinkleider dazu passend 1.95 bis 2.95
- Nachthemden dazu passend . 4.50, 4.90
- Spitzengarnituren Brüssel, Genre. 2.65
- Beinkleid . . . 3.35, Nachthemd . . 4.90
- Nachthemden mit Stickerei, in verschiedenen Ausführungen 3.25 bis 6.50
- Nachtjacken Renforcé, mit Stickerei-Volant 2.20, 2.70
- Beinkleider Renforcé mit Stick. Volant. 1.50 bis 2.45
- Kaliforn . . . . .

### Knaben-Garderobe

- eigene Anfertigung, besonders preiswert
- Sport-Anzug** modernes Schulfaschon, mit Falt- und Gürtel, haltbarer, melierter Cheviot, ganz gefüttert.
- |             |       |             |
|-------------|-------|-------------|
| für ca. 5-9 | 9-11  | 11-14 Jahre |
| 12.00       | 14.00 | 16.00       |
- Prinz Heinrich-Anzug** haltbarer, modern mit blauem Dreil-Überkragen, mit Blenden-Garnierung, Jacke und Hose, gefüttert.
- für ca. 4-6 Jahre 10.00, 7-10 Jahre 11.50
- Pyjack** aus englisch gemustertem Stoff, mit Aermelaufschlag und grossen Knöpfen
- für ca. 3-5 Jahre 8.00, ca. 6-8 Jahre 9.50
- Pyjack** aus blauem Cheviot, mit Aermelstickerei und Kragen-Abzeichen, Goldknöpfe
- für ca. 2-4 Jahre 4.50, ca. 5-8 Jahre 5.25
- Beinkleider** blau Cheviot, für ca. 3-9 Jahre . . . . . 1.35
- Beinkleider** aus gemusterten Stoffen mit Leibchen, Trägerbusen für ca. 3-9 Jahre 1.35, 10ca. 9-14 Jahre 2.50

Fordern Sie bei Ihrem Zigarren-Händler

## Tag-Zigaretten

der Tabakarbeiter-Genossenschaft Stuttgart.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, Billigste Preise, wegr. 1889.

Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.

Michel-Salonbriketts

BR. 7.75 pro 1000 frei Gefah. 21/7, Koch, Rigdorf, Bergstr. 110 II

**Preis Arcona-Räder**

**Der Siegeszug der Arcona-Fahrräder.**

IV. Berliner 6-Tage-Rennen  
I., II., III., IV. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

II. Dresdener 6-Tage-Rennen  
I., II., III., IV., V. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

V. Berliner 6-Tage-Rennen  
II., IV., V., VI. Preis auf Arcona-Rad gewonnen!

Wohl kein anderes Fabrikat der Welt kann diese Erfolge aufweisen.

Der Franzose Miquel gewinnt auf der Olympia-Bahn den Preis von Königsdamm (25 km hinter Motoren) überlegen auf Arcona-Rad.

Grossen Eröffnungspreis (60 km hinter Motoren) gewinnt Miquel ebenfalls trotz Reifendruckes, wobei er vier Runden verliert, nach und nach aber das verlorene Terrain aufholt und mit einem Vorsprung von 2 1/2 Runden vor dem Weltmeister Günther, 12 Runden vor van Neck und dem noch etwas zurückliegenden Berliner Janke geht Miquel dank **Arcona-Rades** unter dem leichtlaufenden Jubel eines nach Tausenden zählenden Publikums als überlegener Sieger durchs Ziel.

Neue Spezial-Fahrräder fertig m. Pneumatik 35 M.  
Neue Damen-Fahrräder 38, 45, 50 M.  
Neue Arcona-Fahrräder 55, 65, 75, 85 M.  
(15 Jahre Garantie)

Neue Dürkopp-Fahrräder . . . . . 75 M.

ERNST MACHNOW, Berlin, Weinmeisterstrasse 14,  
Grösstes Fahrradhaus Berlins, Jahresumsatz ca. 20.000 Fahrräder

Verlangen Sie Katalog über Arcona-Räder, Arcona-6-Tage-Modelle und Fahrradzubehörtelle gratis und franko.

## Urbin

Der Eine steht nu mal ganz feste,  
Zum Putzen is Urbin der Beste.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

### Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Grösste Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

Gartenstadt

## Falkenhagen-West

direkt am Bahnhof Seefeld

20 Minuten Charlottenburg ab Bahnhof Jungfernheide  
30 Minuten ab Lehrter Bahnhof (Hamburger Bahn)

Billigste und schönste Kolonie westlich Berlins und Charlottenburgs. Hochwald-, Villen- und Landbaustellen

Rute von 20 Mk. an

Kleine Anzahl. Langjahr. Amortiz.-Hypothek. Eigenhäuser 6500 M. aufw. Illustrierter Planprospekt gratis! Auskunftstelle auf dem Terrain: Hansa-Strasse. Nieschulke & Nitsche Berlin NO 64, Neue Königstr. 16 Amt Königstadt 6076.

## METZNER

Gegr. 1873

### Kinderwagen - Welthaus

Metall-Bettstellen, Garten-, Balkon- u. Kindermöbel  
Grösste Auswahl

Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)  
Brunnenstr. 85 | Leipziger Str. 54  
Beusselstr. 67 | Neukölln, Bergstr. 133

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Gerichts-Zeitung.

Die Aufforderung zum Generalstreik

Kann ebenso wenig strafbar sein, wie der Generalstreik selbst. Aber das Reichsgericht hat die Aufforderung zum Generalstreik als eine strafbare Handlung erklärt, indem es folgende Aufforderung vertrat: Ein Generalstreik kann nicht ohne Vertragsbruch, Nichtinhaltung der Kündigung ins Werk gesetzt werden.

Die Verhandlung gegen Köhler fand gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I statt. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung.

Zum Beweise dafür, daß ein unbefangener Leser eine Aufforderung zum Generalstreik in dem Artikel nicht finden kann,

wurde Frh. Kotter vernommen, und Hellmut v. Gerlach gab als Sachverständiger sein Gutachten dahin ab, daß die deutschen Anarchisten eine kleine Gruppe von Ideologen seien, die nicht daran denken, ihre Ideen mit Gewalt zu verwirklichen.

Der Staatsanwalt charakterisierte die anarchitische Bewegung so: Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, welche den Sozialismus verwirklichen will durch rechtmäßige, gesetzliche Mittel, wollen die Anarchisten dasselbe Ziel erreichen durch die direkte Aktion; das ist ein Handeln gegen das Gesetz und ohne das Gesetz.

Nachdem Dr. Halpert führte u. a. aus: In dem Artikel wird etwas hineingetragen, was gar nicht darin steht. Diese Methode erinnert an die Worte Goethes: „Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter.“

Nach längerer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende das Urteil: In dem Artikel hat das Gericht eine Aufforderung zur Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch nicht erblicken können, deshalb wird der Angeklagte freigesprochen.

Verfehlungen eines Bureauvorstehers
logen einer Strafsache zugrunde, welche gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I bestrafte. Aus der Untersuchungshof wurde der frühere Bureauvorsteher, jetzige Geschäftsführende Vincenz Ollis vorgeführt, um sich wegen Unterschlagung und Betruges zu verantworten.

Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg.
Lehrabend haben in dieser Woche:
Berlin, 2. Abteilung Montag bei Dele, Brannenstr. 164, abends 8 1/2 Uhr.

Einmal wieder Wohl
immer Opus, wenn man
Kraftminnes Wohlgefallen
zuführt.
Ihr Opfer muß! S!

Einen guten festen Stiff
haben Sie, wenn Sie Grimm & Triepel
fordern. Besten Nordhäuser Kautabak.
Stange 5 Pfg. — Rolle 5 und 10 Pfg.

Zigarren
Gelegenheitsposten für Restaurateure u.
Sändler u. 29 M. auswärts. (11-1 Uhr
u. 5-7 Uhr.) Schreiner & Co.,
Schillerstraße 5.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 6-7. Sonntags 10-12, 2-4

Macht kostenlos Testament
ein nennensw. Ratgeber mit
Journalsbuch Nr. 110. Verlag L. Schwarz
& Co., Berlin 14 qu., Dresdenstr. 80.

Restaurations-
Räume
modern ausgebaut, mit großem
Speisezimmer und Fabriklandschaft,
auch für Winterfeste geeignet, preis-
wert zu vermieten.

Nur
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Brotstulle! Restaurant mit
voll. Konz., Vereins-, Klavier-
automat, 1620 Miets. 400 Anzähl.,
verkauf., Fabrikgr. Fürstenstr. 15.

85 Küchen-
Einrichtungen,
60 Sofas,
große Polster Schreib-
tische, Bücherschränke,
Schloßzimmer, Herren-
zimmer, Speisezimmer.

J. Baer
Baistr. 28 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegant Paletots, Ein-
segnungs-Anzüge.

Albesfinier-
Pumpen
zum Selbststellen für
Gartenbesitzer u. Lauben-
kolonisten von 8 M. an
Flügel-,
Garten-,
Pflanz-,
Röhren-,
Schläuche um blühh.
Erdböhrer leicht.



Der gänzliche Schuh-Ausverkauf
der übernommenen Waren
40-41 Rosenthaler Straße 40-41 Hackescher Markt
Bahnhof Börse.
Kinder-Stiefel
Damen-Stiefel
Herren-Stiefel
Halbschuhe















26<sup>00</sup>  
**Flotte Kleider**  
 in reizenden Farben,  
 aparte Fassons  
 von 12<sup>75</sup> bis 82<sup>00</sup>

17<sup>25</sup>  
**Moderne Paletots**  
 in guten Stoffen  
 englischer Art  
 von 5<sup>75</sup> bis 49<sup>00</sup>



**Richtige  
 Fassons**

zur

**Richtigen  
 Zeit**

zu

**Richtigen  
 Preisen**

finden Sie



38<sup>25</sup>  
**Schlecke Kostüme**  
 ganz mod. Schnitt, vor-  
 zügl. sitzend, auf Seide  
 von 19<sup>50</sup> bis 85<sup>00</sup>

bei

28<sup>25</sup>  
**Eleg. Tuchpaletots**  
 in vielen mod. Farben,  
 geschmackv. garniert  
 von 12<sup>75</sup> bis 55<sup>00</sup>

**C & A**  
**BRENNINKMEYER**

Chausseestr. 113  
 Ecke Invalidenstrasse

Königstrasse 33  
 Am Alexanderplatz



**Josetti  
 Cigaretten**



**Juno  
 Vera**

**Gardinenhaus  
 Bernhard Schwartz**  
 Kritikalste Bezugsquelle für

**Gardinen  
 Portieren  
 Teppiche**

Vom einfachsten  
 bis zum elegantesten:  
 denkbar niedrigste Preise.

Schmückender Rat  
 bei Neueinrichtungen  
 und Wohnungswechsel.

Die Firma  
 hat keine Filialen!  
 Gros- u. Detailverkauf:  
 nur Spindlerhof  
 Berlin  
**Wallstr. 13**  
 (dreizehn).

**Gneisenausstraße 10.**  
 S. Grau, billigste u. beste  
 Bezugsquelle für  
**Möbel jeder Art.**  
 Kass. und Teilzahlung.

Elegant  
**Herren-Moden**  
 fertig u. nach Mass  
 von 1 Mark  
 wöchentliche Teilzahlung  
**S. Boltuch**  
 Frankfurter Allee 75  
 Eingang Tilsiterstrasse



**Endlich habe ich**  
 die richtige Bezugsquelle entdeckt,  
 muss ein jeder bei der Besichtigung  
 unserer neuesten Kollektion sagen.

**Herrenanzug-Stoffe**

Paletotstoffe, Hosenstoffe, Westen-  
 stoffe, Damentuche. Nur beste Quali-  
 täten jeder Preislage. Enorm  
 grosse Auswahl aller Neuheiten.  
 Unerreicht billige Preise di-  
 rekt aus der Tuchfabrik von

**Lehmann & Assmy**  
 Spremberg, Postfach Nr. 11

Mustersenden wir an jeder-  
 mann auf Verlangen sofort  
 franko ohne Kaufzwang

**Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.**

Bei uns erschienen:

**Süddeutsche Volksbücher:**

Heft 1: **Paul Kampfmeyer:**  
**Weltanschauung und Sozialdemokratie.**

Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung. — Das  
 Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie.  
 — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.

Heft 2: **Paul Kampfmeyer:**  
**Sozialdemokratie und Kirchentum.**

Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im kirchlichen System. —  
 Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die  
 zusammenbrechende kirchliche Herrschaftsmacht. — Los vom  
 Staatskirchentum. — Unstaatliche freie Kirche und freier  
 sozialer Staat. — Religion in Privatfasse.

Heft 3: **Lothar Engelbert Schücking:**  
**Das Elend der preussischen Verwaltung.**

Aus dem Inhalt: Bureaucratie, Amtsgeheimnis und Antis-  
 verschiebenheit. — Die Verwaltung durch Konservative und  
 Zentrumleute. — Die preussische Gemeindeverwaltung. —  
 Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des  
 Zweckverbandsgelehes. — Zum sozialdemokratischen Kommunal-  
 programm für Preussen.  
 Preis jedes Heftes 40 Pf.

Früher erschienen:

**Dr. Fritz Brupbacher:**  
**Kindersegen und kein Ende?**  
 Preis 30 Pf.

**Rudolf Franz:**

**Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt**  
 Reich illustriert. Preis 1 M.

**Rudolf Franz: Abrechnung.** Politische Versuchswerte.  
 Reich illustriert. Preis 1 M.

**Wilhelm Schröder:**

**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage**  
 Gebunden Preis 7 M.





11. Verbandstag der Dachdecker.

Kürnberg, den 13. April.

Vom Montag, den 15. April ab, wird hier der 11. Verbandstag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands abgehalten. Wie der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes feststellt, waren die zwei verflochtenen Jahre die besten seit Bestehen der Organisation. Nicht etwa nur in bezug auf die Zunahme der Mitgliederzahl oder Verbesserung der Finanzen, Hand in Hand mit diesen beiden wichtigen Faktoren ging auch eine erfreuliche Ausgestaltung des Tarifwesens, wodurch den Mitgliedern wesentliche Vorteile verschafft wurden. So hat alles zusammengewirkt, um die Organisation vorwärts zu bringen. Die Zunahme der Mitglieder betrug in der Berichtsjahre 1911, der Verband stieg von 6191 auf 8482 Mitglieder. Ueber eine solche Steigerung, es sind 35 Proz., war noch in keiner Geschäftsperiode zu berichten. Der Aufschwung ist um so mehr zu begrüßen, da die Unternehmer im Dachdeckerberuf vor zwei Jahren auch fest mit den übrigen Bauherren daran arbeiteten, die Organisationen der Bauarbeiter zu vernichten. Der Erfolg wird sie nicht besonders befriedigen, wenn sie sehen, daß sie jetzt einer viel stärkeren, geschlosseneren Macht gegenüberstehen.

Die fortschreitende Entwicklung des Verbandes ist besonders auch in den Finanzverhältnissen zu erkennen. Das Vermögen stieg in den zwei Jahren, während der Kampf auf der ganzen Linie tobte, von 51 232 M. auf 126 142 M. Die gesamten Einnahmen betragen 352 542 M. Davon flossen an die Mitglieder wieder zurück: Für Unterstützung bei Streiks und Aussperrung 108 732 M., für Reise- und Umzugsunterstützung 27 287 M. und für andere Unterstützungen 3000 M., so daß insgesamt 146 641 M. an die Mitglieder wieder zurückbezahlt wurden. Das Verbandsorgan verbrauchte 19 859 M.

Lohnbewegungen und Streiks wurden im Jahre 1910 in 79 Orten (ohne die große Aussperrung), 1911 in 70 Orten durchgeführt. In den beiden Jahren wurden 86 Tarife, an denen 5135 Berufstätige beteiligt waren, abgeschlossen. Die Wirkung dieser neu vereinbarten Verträge ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen: 1910 wurde für 3092 Kollegen eine wöchentliche Lohnerhöhung um 7502 M. und eine Arbeitszeitverlängerung um 2787 Stunden, 1911 für 2085 Kollegen eine Lohn-erhöhung um 6204 M. und eine Arbeitszeitverlängerung um 2189 Stunden pro Woche erreicht. Die große Bauarbeiteraussperrung, an der etwa 1000 Kollegen beteiligt waren, wurde nicht nur zurückgewiesen, sondern weit über den Dresdener Schiedspruch hinaus, der für die Dachdecker keine Gültigkeit hatte, erhebliche Verbesserungen errungen. Die Dachdeckermeister mußten die Gefälligkeit, ihre Leute mit auszusperrern, ziemlich teuer bezahlen. Diese Erfolge auf der ganzen Linie haben die Organisation innerlich sehr gekräftigt, und sie waren der Hauptgrund mit, weshalb die Verschmelzung, für die sich der letzte Verbandstag sehr warm ausgesprochen hatte, bei der Abstimmung mit sehr starker Majorität abgelehnt wurde. In den nächsten Jahren dürfte daher die Verschmelzungsfrage kaum wieder auf die Tagesordnung kommen.

Der jetzt zusammentretende Verbandstag findet reichliche Arbeit vor. Zunächst wird diesmal aller Voraussicht nach die Arbeitslosenunterstützung angenommen. In Anbetracht der Kampfstaffel der Unternehmer liegen aus mehr als der Hälfte der Filialen Anträge auf Erhöhung der Beiträge oder Erhebung von Extrabeiträgen vor. Aus diesen Anträgen spricht der ernste Wille, für die Zukunft unter allen Umständen

gerüstet zu sein. Einen breiten Raum der Verhandlungen wird die Anstellung eines eigenen Redakteurs beanspruchen. Seit Monaten wird diese Frage in der „Dachdeckerzeitung“ sehr lebhaft besprochen. Der Verbandsvorstand hat den Antrag auf Anstellung eines eigenen Redakteurs nicht gestellt, weil man mit dem jetzigen nebenamtlichen Redakteur unzufrieden ist, sondern weil in der Zentrale unbedingt eine weitere Kraft nötig ist. Der jetzt anzustellende Redakteur soll im Zentralbureau noch die statistischen Arbeiten übernehmen. Weiter wird den Verbandstag die Anstellung von neuen Gauleitern in Sachsen und Braunschweig-Dannover beschäftigen. Die Frage des Bauarbeiterstreikes wird erörtert werden und die juristische Stellung der Tarifverträge wird Genosse Reichstagsabgeordneter Koch, der Redakteur der „Dachdeckerzeitung“, behandeln. So ist also die Tagesordnung des Verbandstages gang reichhaltig.

Der erste Verbandstag der Hausangestellten

tritt heute, Sonntagvormittag, im Gewerkschaftshause zusammen. Vor drei Jahren wurde der Verband gegründet durch die Zusammenfassung von Diensthilfsorganisationen in 18 Städten Deutschlands. Die meisten dieser Organisationen waren sehr schwach und erhofften die notwendige Kräftigung von der Zentralisation aller vorhandenen Verbände. Auf eigenen Füßen standen damals nur die Hamburger, Kürnberger und Berliner Organisation. Der Verband stand zunächst vor der Aufgabe, die vorhandenen schwachen Organisationsgebilde zu erhalten und zu stärken. Das ist ihm auch gelungen, und er hat sich dann bemüht, die Lehre von der Organisation der Diensthilfen weiter zu tragen. Daß er damit Erfolg hatte, zeigt der gegenwärtige Verbandstag, auf dem 36 deutsche Städte vertreten sind, und zwar durch 20 Delegierte, von denen einige mehrere Orte vertreten. Dem Verbandstag liegt der Geschäftsbericht der Verwaltung in zwei Teilen vor. Der erste Teil umfaßt die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1910, der zweite Teil das Kalenderjahr 1911. Vor längerer Zeit ist bereits der erste Teil erschienen und den „Vorwärts“-Lesern in einem kurzen Auszug mitgeteilt worden. Wie in den ersten beiden Jahren, so fehlt es auch in dem Berichtsjahre 1911 nicht an einer rührigen Agitation. 7 Ortsgruppen wurden neu errichtet, aber 4 früher gegründete konnten nicht aufrechterhalten werden. Der Organisationsgedanke findet einerseits noch zu wenig Verständnis bei großen Massen von Diensthilfen. Andererseits sind die christlichen Verbände und die von Hausfrauen gegründeten Vereinigungen eifrig bestrebt, Mitglieder zu werben und jede Neigung zur Organisation für sich auszunutzen. Darum ist die Mitgliederzahl auch nicht in dem Maße gestiegen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Dazu kommt noch die außerordentlich starke Fluktuation unter den Mitgliedern. Bemerkenswert ist immerhin, daß der Zentralverband der Hausangestellten allein sich nicht scheut, seine Mitgliederbewegung offen darzulegen, während die übrigen Verbände ihre Mitgliederzahlen hüten wie ein heiliges Geheimnis, oder sich mit allgemein gehaltenen unkontrollierbaren Angaben begnügen. Das Jahr 1909 zeigte im Durchschnitt eine Mitgliederzahl von 4170, im Jahre 1910 stieg diese Zahl auf 4981 und im Jahre 1911 auf 5474. Im letzten Jahre wurden allein 4002 Mitglieder neu aufgenommen, daraus kann man die große Fluktuation im Verbands deutlich erkennen. Die Agitation wurde noch dadurch besonders erschwert, daß die Polizeibehörden mancher Orte das Versammlungsrecht der Diensthilfen zu beschneiden versuchten, besonders in Braunschweig und Breslau waren mancherlei Kämpfe auszufechten; auch in Danzig und Jena erfolgten polizeiliche Eingriffe. Ähnliche

Schwierigkeiten ergaben sich für den Verband durch das neue Stellenvermittlungsgesetz. Die Polizei wollte die gemeinnützigen Stellenvermittlungen der verschiedenen Ortsgruppen nicht dulden, trotzdem das neue Gesetz, das gegen die Schäden der gewerkschaftlichen Vermittlung gerichtet ist, darauf keine Anwendung findet. So die Ortsgruppen ungehindert ihre Arbeitsnachweise entwickeln konnten, hatten sie auch gute Erfolge zu verzeichnen, wie in Hamburg und Hannover. Wo die Gemeinden Nachweise eingerichtet haben oder mit ihren Mitteln unterstützen, da haben sich die Ortsgruppen stets diesen Nachweisen angeschlossen und versuchen, einen Einfluß zugunsten der Diensthilfen geltend zu machen. Die städtischen Nachweise in Frankfurt a. M., Mannheim und Kürnberg werden paritätisch verwaltet. Wo der Verband Einfluß hat, da wird unter anderem den Fragen der Freizeit, des Schlafraumes und der Ausbildungsfrist stets große Wichtigkeit beigemessen. Wie schlecht es zum Beispiel mit den Schlafräumen der Diensthilfen vielfach noch bestellt ist, hat eine im Berichtsjahre 1911 aufgenommene Statistik ergeben, die zu einer kleinen Broschüre, „Der Hausangestellten Klage“ betitelt, verarbeitet worden ist. Die kleine Schrift hat Aufmerksamkeit erregt. Dehlanstalt, Merz und auch das preussische Ministerium des Innern haben um Uebersendung von Exemplaren ersucht.

Das Bestreben des Verbandes, die Arbeitsverhältnisse für die Mitglieder besser zu gestalten, geht Hand in Hand mit dem Bestreben, für Aufklärung und Belehrung zu sorgen. Die Diensthilfen sind nicht selten die Opfer der Heiratschwindler, Wahrsagerinnen, Agenten der Schundliteratur usw. Durch belehrende Vorträge, durch Verbreitung von Schriften aller Art zu billigen Preisen und durch die monatlich erscheinende Verbandszeitung wird für bessere Bildung und Aufklärung nach besten Kräften gesorgt. Die Verbandszeitung, die vielfach zu Agitationszwecken verlangt wird, erscheint in einer Auflage von 8000 Exemplaren.

Sehr wertvoll sind die Auskunftsstellen für die Mitglieder und der Rechtschutz, den der Verband gewährt. Denn auch im Berichtsjahre 1911 zur gerichtlichen Austragung von Streitigkeiten nur in 39 Fällen Rechtschutz verlangt und in 85 Fällen gewährt wurde, so ist der Wert der Schlichtung von Streitfällen, ohne das Gericht in Anspruch zu nehmen, sehr hoch zu veranschlagen. Wenn die Herrschaften sahen, daß der Verband hinter einem schupflosen Mädchen stand, ließen sie es gewöhnlich auf eine Klage vor Gericht nicht erst ankommen.

Für Krankenunterstützung gab der Verband im letzten Berichtsjahre die Summe von 3118 M. aus. In dem Bericht wird auf wichtige Bestimmungen für die Diensthilfen in der neuen Reichsversicherungsordnung hingewiesen. In dieser Beziehung wird es auch sehr wichtig und nützlich sein, wenn sich die Diensthilfen von ihrem Verbands die nötige Belehrung holen, um ihre Ansprüche überhaupt kennen zu lernen.

Die Kassenverhältnisse zeigen für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1911 in Einnahmen und Ausgaben eine Bilanz von 41 602,91 M. Der Jahresabschluss der Hauptkasse über das Jahr 1911 zeigt eine Bilanz von 19 848,98 M. Große Summen wurden für die Agitation ausgegeben, aber diese Summen werden als gutangelegte Gelder betrachtet, denn sie dienen der Organisation der unter dem Befindlichkeitsleidenden Klasse der Diensthilfen.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages steht außer der Berichterstattung der Verwaltung und zahlreichen Anträgen auf Abänderung der Statuten, ein Referat über die Agitation, ein anderes über die Stellenvermittlung und einen Arbeitsvertrag und ein drittes über Fortbildung, Unterhaltung und Pflege der Geselligkeit im Verbands der Hausangestellten.

**Jeden Montag:**  
**Extra-Verkauf**  
der RESTE und  
Abschnitte von  
Kleider- u. Seldenstoffen

# Fr. Hahn

Gegr. 1825

BERLIN C, Alexanderplatz, Ecke Landsberger Str. 60-63

**Neu erschienen:**  
**Haupt-Katalog**  
der Frühjahrs-  
u. Sommersaison  
**Sonder-Katalog**  
für Gardinen,  
Decken, Teppiche

## Grosser Verkauf von

# Seiden-, Kleider- u. Waschstoffen

vom Montag, den 15. bis Montag, den 22. April

### Neuheiten für Frühjahr und Sommer zu besonders billigen Preisen

<p>Ein gross. Posten ca. 110 cm breit, Wert bis M. 2.15. . . . . Meter</p> <p>Ein gross. Posten ca. 110 cm breit Meter</p> <p>Ein gross. Posten ca. 110 cm breit Meter</p> <p>Reinwollene Popeline und Rips mit aparten eingewebten Punkt- und Jacquardbordüren. Hübsche neue Farbtöne, ca. 110-120 cm br., Mtr.</p>	<p>größte Auswahl moderner Farben . . . . . Meter</p> <p>in allen modernen Farben . . . . . Meter</p> <p>in reichster Auswahl moderner Farbtöne, ca. 110cm breit Meter</p> <p>2.40, 2.80, 3.90</p>	<p>Neuheiten in Blusenbordüren . . . . . Meter</p> <p>95 Pl. 1.25, 1.45</p> <p>Reizende mod. Muster auch mit aparten Bordüren Meter</p> <p>75, 90 Pl.</p> <p>Aparte neue Dessins in Streifen und Punktmustern . . . . . Meter</p> <p>95 Pl. 1.20</p> <p>Weiße Madeira-Lochstickereistoffe in aparten Mustern, 120 cm breit Meter</p> <p>1.75, 1.90, 2.40</p> <p>Blusenleinen imlt. reizende Streifen auf blauem, grünem und grauem Fond . . . . . Meter</p> <p>32, 38, 55 Pl.</p>
--	--	---

**Besondere Neuheit der Saison**

## Voile, Wollmusseline und Leinen

115—120 cm breit, bedruckte oder gewebte Bordüren, Streifen u. Phantasie-muster, Mtr. 1.90 2.40 2.90

<p>Foulard Twill- und Liberty-Gewebe. Reine Seide. Für Blusen u. Strassenkleider. 90 cm breit . . . . . Meter</p> <p>95 Pl., 1.40, 100—110 cm breit 3.90</p> <p>Taffet glacé rayé Reine Seide. Für moderne Blusen und Kleider . . . . . Meter</p> <p>1.35, 1.70, 1.95</p> <p>Taffet u. Messaline changeant Reine Seide. Aparte Farbstellungen. Meter</p> <p>1.45, 1.90, 2.60</p>	<p>Marquise glacié Reinsidenes Gittergewebe, zwelfarbig changierend, 105 cm breit. . . . . Meter</p> <p>3.90</p> <p>Ein gross. Posten reineidener Bordürenstoffe. Bevorzugte Neuheiten für elegante Toiletten, 105—120 cm breit, sonst 4.50 bis 7.50 . . . . . jetzt Meter</p> <p>3.00, 4.50, 5.70</p>
--	--

**Für den Schulanfang: Grosse Posten Knaben- und Mädchenkleidung zu ausserordentlich billigen Preisen**

Besichtigung erbeten ohne jeden Kaufzwang. | **Mustersendung bereitwilligst franko!** | Sonntags geöffnet von 12 bis 2 Uhr.

# Öffentliche politische Versammlungen.

## Finster Kreis.

Dienstag, den 16. April 1912, abends 1/9 Uhr, in den Unions-Sälen,  
Greifswalder Straße 221/223:

## Öffentliche Frauen-Versammlung.

Vortrag der Genossin Reichert: „Bist Du eine der Unserigen?“  
Nach dem Vortrage freie Aussprache. 223/12  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Die Einberaferin. S. H.: Anna Holzappel, Rüdertstr. 7.

## Neukölln.

## Wähler der 2. Abteilung!

Montag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr:

## 2 öffentliche Wähler-Versammlungen

in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151/152. in der Vereinsbrauerei (Gartensaal), Hermannstr. 214-220.

### Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie im Rathaus. Referenten: Landtagsabg. Paul Girsch und Stadtverordneter Dr. Hermann Weyl.
  2. Der Kampf in Neukölln. Referenten: Stadtdv. Conrad und Dr. Silberstein.
- Freie Diskussion. 237/3  
Anhänger jeder Parteirichtung sind willkommen.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Werkmeister-Verband

für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe  
Lokalverein Berlin.

Montag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

## Öffentliche Versammlung

aller in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Karton- und Kartonnagenfabriken, Luxuspapierfabriken, Album-, Leder-, Etui- und Galanteriewarenfabriken tätigen Werkmeister.

### Tagesordnung:

1. Moderne Werkmeisterorganisationen. Referent: Herr Ing. Klügler vom Bund der technisch-industriellen Beamten.
  2. Freie Diskussion.
- 280/11

## Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Mittwoch, den 17. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Versammlung der Ortsgruppe Berlin und der Vororte.

Tagesordnung: 1. Anträge zur Hauptversammlung. 2. Wahl von 12 Delegierten zur Hauptversammlung. 289/12

## Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, 17. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Witte, Sebastianstr. 30:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Arbeitsnachweis. 3. Anträge betreffs Kundgebungen. 4. Bericht des Geschäftsführers für das Gewerkschaftshaus. 5. Mitarbeiter. Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, an der Versammlung teilzunehmen, da es sich um sehr wichtige Beschlüsse handelt.  
Der Vorstand.

## Zentralkrankenkasse der Tapezierer

Filiale Berlin.

Freitag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr:

## Quartals-Versammlungen.

Filiale I: bei Löblich, Markgrafstr. 88.  
Filiale II: bei Röwer, Eitelbergstr. 14.  
Filiale III: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal V).

Tages-Ordnung: 1. Kassembereicht. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Zuschuss- oder Erbschaften? Der wichtigen Tagesordnung halber erwarten zahlreiche Besuch  
178/5 Die Ortsverwaltungen.

## Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von

selbstangefertigten Frühjahrs-Anzügen und Paletots für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen. Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an in eigener Betriebswerkstätte. 23002  
Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

## Allgemeine Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir laden hiermit die Kassenbelegierten zu einer

## Ordentl. General-Versammlung

am Montag, 22. April, abends 9 Uhr nach dem Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 8, ein.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Kassen-Vorstandes über die Jahresrechnung für 1911 und die Geschäftslage der Kasse. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Antrag des Kassenvorstandes auf Entlassung. 4. Angelegenhelten des Genesungsheims in Klosterfelde.

Vor dem Beginn der Generalversammlung, und zwar von 1/9 bis 9 Uhr abends, findet am dem gleichen Orte eine Wahlversammlung der Arbeitnehmer-Delegierten zwecks Vornahme einer Erziehung zum Kassenvorstande für das auscheidende Arbeitnehmer-Vorstandsmittglied Herrn Ganssow statt.

Den Delegierten geht noch eine besondere Einladung zu, die als Legitimation beim Eintritt in den Saal vorzulegen ist. Delegierte, welche inzwischen ihre Wahlbarkeit verloren haben, sind von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen.

Delegierte, welche in der Generalversammlung Beschwerde gegen die Geschäftsführung des Kassenvorstandes vorbringen wollen, werden ersucht, dies vorher dem Kassenbureau anzuzeigen, da es sonst dem Kassenvorstande unmöglich ist, sich über die Beschwerden zu informieren und in der Generalversammlung Auskunft zu erteilen.  
Charlottenburg, 10. April 1912.

### Der Kassenvorstand.

Wilh. Ahrens. 273/10

## Bekanntmachung.

## Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin.

### Einladung

zur ordentl. Generalversammlung der Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin

am Dienstag, 23. April, abends 6 Uhr, im Bürger-Saal, des Rathauses, Berlin, Königsstr. 15/18.

Tagesordnung: 1. Annahme der Jahresrechnung für 1911. 2. Antrag, den Kassenärzten abgestempelte Scheine zu übergeben und auszuhandeln. 3. Erörterung der freien Gewerewahl für die Angestellten in den städtischen Krankenanstalten. 4. Verschiedenes. 273/4

Berlin, den 30. März 1912.

### Der Vorstand. v. Schulz.

## Krankennunterstützungs- und Begräbnis-Verein gewerblicher Arbeiter zu Berlin.

Sonnabend, den 20. April 1912, abends 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung im Dresdenener Garten, Dresdenstr. 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Rechnungslegung pro 1. Quartal 1912. 3. Verschiedenes. 289/18

Gäste, auch Frauen, willkommen. Einem recht regen Besuch erwartet  
J. A.: Friedrich Froude, Vorf., S. 59, Büchmannstraße 30 II.

## 6ris-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg

## Ordentliche General-Versammlung

am 25. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstr. 2

Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisoren. 3. Erziehung eines Vorstandsmitgliedes (Teilnehmer). 4. Beschäftigung wegen der Übernahme der Betriebskrankenkasse der Firma Ludwig Lehmann. 5. Beschäftigung über eventuelle Vereinigung mit der Orts-Krankenkasse Holzberg. 6. Verschiedenes. 173/11

Gemäß § 66 des Kassensatzes werden zu dieser Generalversammlung die für 1912 gemählten Vertreter hiermit eingeladen.

### Der Vorstand.

G. Tiede, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse der Drechsler

und verw. Gewerbe zu Berlin. Die ordentliche

## General-Versammlung

findet am Montag, den 22. April 1912, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, statt, wozu die Herren Vertreter hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung: 1. Protokollrechnung. 2. Jahresbericht pro 1911. 3. Bericht des Verwaltungsausschusses. 4. Bepfehlung über die Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen. 5. Verschiedenes. 11845

### Der Vorstand.

J. A.: G. Tiedt, Vorsitzender.

## Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands. Filiale II Berlin. Zuschneider.

Montag, 15. April, abends 6 Uhr, bei Schulz, Königsgraben 14:

## Öffentliche Versammlung der Zuschneider und Zuschneiderinnen Berlins.

Tagesordnung: 1. Das Tarifwesen im Reich und was steht uns bevor? Referent: Kollege Weider. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 163/18

Der wichtigen Tagesordnung halber, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. Filiale II Berlin.

## Deutscher Buchbinder-Verband. Kartonbranche.

Dienstag, den 16. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 4:

## Branchen-Versammlung für alle in der Kartonindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Redakteur P. Barthol. 2. Wahl der Beisitzer zur Ortsverwaltung. 3. Tarifliches. 4. Verschiedenes. 21/5

Der wichtigen Tagesordnung wegen muss ein jeder Kollege und jede Kollegin zu dieser Versammlung erscheinen.  
Die Branchenleitung. S. H.: Karl Klappenbach, Neukölln, Weidstr. 4.

## Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsber. 2. Bericht und Abrechnung vom 1. Quartal 1912. 3. Stellungnahme zur Ratseier. 4. Verschiedenes. 157/1

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin.

Montag, den 15. April 1912, pünktlich abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal), Eingang B, portiere:

## Zwanglose Aussprache sämtlicher jetzt angelernten jungen Gesellen d. Berl. Holzindustrie.

Möbelpolierer.

Montag, den 15. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, (Zuh. Borgmann), Andreasstr. 21:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Menderung unserer Arbeitsvermittlung. — 2. Bericht von der Konferenz. — 3. Unsere Ratseier.

## Maschinenarbeiter. Montag, den 15. April 1912, abends 8 Uhr, in „Voekers Festsälen“, Weberstr. 17:

## Anßerordentliche Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Sozialpolitische Aufgaben der Gewerkschaften. Ref.: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. 2. Bericht von der Konferenz. 3. Stellungnahme zur Ratseier.

## Drechsler, Treppengeländer- u. Luxusmöbelbranche.

Montag, den 15. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, in „Feuersteins Festsälen“, Alte Jakobstr. 75:

## Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der diesjährigen Ratseier. — 2. Stellungnahme hierzu. — 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

## Achtung! Modell- und Fabriktschler. Achtung!

Die Branchenversammlung findet nicht am Donnerstag, den 18., sondern am Montag, den 15. April, abends 8 Uhr, im Rosenhaller Hof, Kolonnenstr. 11/12, statt.

Tagesordnung: 1. Unser Vertrag und die Akfordarbeit. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Bericht von der Konferenz.

## Kisten- und Koffermacher. Montag, den 15. April, abends 8 Uhr, bei Wertowoki, Andreasstr. 26:

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz. 2. Wahl eines Kommissionsmitgliedes. 3. Verbandsangelegenheiten.

## Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Konfordia-Festsälen“, Andreasstr. 64: Gemeinsame

## Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Ratseier.  
Die Ortsverwaltung. 61/20



